

Deutsche Bäcker- und Konditoreizeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeiter u. Arbeitnehmerinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erstdruck jeden Donnerstag. Redaktionsstelle Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigefaltige Petitzeile 50 Pf., für die Zahlstellen 30 Pf.

Der soziale Kampf.

Das große Drama des sozialen Kampfes äußert sich gegenwärtig wieder in besonders scharfen Zuständen unseres Gesellschaftskörpers. In den meisten industriellen Staaten spielt die wirtschaftliche Krise als trauriges Zeichen der großen Dürftigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Und ob Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland oder die französische Republik: überall ist außerdem noch die Reaktion eifrig am Werke, sie sucht mit allen Mitteln und zäher Bosheit an ihren ererbten Vorurteilen und dem Recht der Ausbeutung der Kérmen festzuhalten. Die Vorzüge gegen die vorhandenen einzigen Arbeiterrichtungen werden immer stärker und rücksichtsloser.

Zur Grunde genommen ist diese Reaktion in allen Ländern die gleiche, nur ist die Form, dem Stande der Zivilisation entsprechend, mehr oder minder brutal. Junfermarkt, Bourgeoisie, Unternehmertum und Bürokratie sind die Vertreter und Verfechter des Ausbeutungssystems und überall befindet sich in diesen „christlichen“ Ländern das gesuchte Pfaffenamt als treuer Alliierter in ihrem Gefolge und widmet sich der „heiligen“ Aufgabe, die leibliche Knechtschaft durch geistige Knechtung zu konservieren.

Dieser große soziale Kampf spielt sich vor unsfern Augen schon seit Jahrzehnten in einem schier endlosen Film ab. Solange wir eine Menschheitsgeschichte kennen, sehen wir diesen Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden, der Ausgebüdeten gegen die Ausbeuter. Schon zu allen Zeiten jüngten die von Glück und Natur minder bedachten Menschen mit allen Mitteln des jeweiligen Kulturstandes ihre soziale Lage zu verbessern. Und dieses Bestreben wurde und kann immer durch die jeweilig herrschenden Klassen als grausamkeit bekämpft. Das Buch der Völker, die Bibel, berichtet in anschaulicher Weise von den Klassenkämpfen der alten Zeit, als die Hebreer das pharaothische Joch bekämpften, das mit unerhörtem Drude auf ihnen lastete, und wie es ihnen schließlich unter Anwendung blutigen Widerstandes gelungen ist, diesem Ausbeuterjoch zu entweichen.

Gewiß war das verhältnismäßig leichter als heute. Nach der Bibel hatten die Juden außerdem einen allmächtigen Bundesgenossen auf ihrer Seite, der mit mächtigster aristokratischen Mitteln ihre Befreiung durchsetzte. Auch waren damals noch nicht die vielgeworbenen Gesetzesschriften vorhanden, die bekanntlich eine Erfindung späterer „Zivilisation“ sind und in Stunde genommen zum eigenen Schutz der Ausbeuterfeste dienen. Jesu wurde an den Papieraufzeichnungen nicht geübt, Verksamungs- geschehe waren unbekannte Begriffe. . . .

Auch die Geschichte des Christentums zeigt in ihren Ursprüngen den Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Das Urchristentum war die Befreiungslehre der Ausgebüdeten aus dem Joch barbarischer Bedrückung und Knechtung. Die neue Weltanschauung wurde mit Feuer, Schwert und Folterzangen bekämpft, ohne daß es den Herrschenden gelang, diese gegen die schreiende Unrechtigkeit der damaligen Zeit gerichtete Lehre zu verteidigen. Von den Anhängern der neuen Lehre wurde weder graue Aertuk, noch Ewig oder Tod gescheut, um der als richtig und notwendig erkannten Überzeugung Ausdruck zu geben. Die bestehenden Klassen wußten sich mit dieser Lehre anzuschließen und erhoben sie zur Staatsreligion. Sie verstanden es aber leider bald, den Sinn der Lehre nach ihren Interessen zu deuten und bald hatten sie dem Volke das alte Joch in anderer Form aufgedrückt. Heute ist ein neuer Antschauung entstanden, die unter Bewahrung der Lehren des Urchristentums jenes alte, vernachlässigte Ende des Kampfes gegen Unterdrückung und Knechtung aufgewonnen hat und zielt bewußter und nüchternlicher als je die feinen Positionen der bestehenden Klassen bestimmt.

So sehen wir von Kulturreihe zu Kulturreihe den sozialen Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Stets wurde und wird vor dem jeweiligen Machthabern der jeweilige Zustand als „heilig“ und unantastbar erklärt und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln verteidigt; wir sehen aber auch, daß sie Position aus Position aufzugeben gezwungen wurden. Die alte Sklaverei wurde beseitigt und durch die mildere Form des Frondiensts und der Leibeigenchaft ersetzt; die letztere mußte schließlich der modernen und besseren Form des „freien Arbeiters“ Platz machen.

Obgleich diese neuere Form der Ausbeutung gegenüber dem Reihen des Altertums und Mittelalters unstrittig eine etwas humanere genannt werden muß, so ist damit das Sehnen des Proletariats noch lange nicht erfüllt. Der soziale Kampf nimmt aus diesem Grunde auch seinen Fortgang; er ist deshalb ein so hartnäckiger, weil der jeweilige herrschende Zustand schon stets ein unmenschliches Unrecht darstellte, begangen durch eine an Zahl kleine, aber mächtige Rasse der großen Mehrheit der Volksgeraden gegenüber. Ein solcher Zustand findet stets bei allen gerecht denkenden Menschen Widerspruch, und der daraus resultierende Kampf erreicht nicht eher sein Ende, bis ein wahrhaft gleiches Recht für alle geschaffen ist und sämliche Klassenunterschiede beseitigt sind.

Diese große, weitengeschäftliche Mission hat heute die Arbeitersklasse übernommen. Plandoll und Zielbewußt richtet sie ihre Stoßkraft gegen ihre mächtigen Gegner durch die Macht ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Gewerkschaften haben in diesem Kampfe die Rolle der Tapouren und Abenteurer übernommen. Sie führen durch unzählige Vorfälle, sei es mit oder ohne Anwendung des schärfsten Mittels, des Streiks, die Positionen des reaktionären Kapitalismus zu erschüttern und für die Arbeiter immer mehr Erfahrung und verlässige Arbeitzeit zur materiellen und geistigen Erholung der Arbeitersklasse heranzuholen. Schon ist es ihnen in vielen Fällen gelungen, an die Stelle des Fabrikfeindes den Betriebskomiteeausschuß zu setzen, das heißt die unter patriarchalischer Flagge segelnde Alleinherrschaft des Unternehmers zu brechen und durch Tarif- und Arbeitsverträge den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht im Betriebsteil zu schaffen. Das ist wiederum eine neue, abgewandelte Form der kapitalistischen Ausbeutung und dem sogenannten Wirken der Gewerkschaften und der immer mehr um sich greifenden Auflösung zu verdanken.

So nimmt der wirtschaftliche Befreiungskampf der Arbeiter, hin und wieder gebremst durch ökonomische Einflüsse, aber ohne Unterlaß vorwärts drängend, seinen Fortgang. Wohl freuen sich den Gewerkschaftsorganisationen große wirtschaftliche Verbände der Unternehmer entgegen und suchen den Siegeslauf der Menschheitsbefreiung aufzuhalten. Zur Hilfe eilen ihnen dabei Feudaladel, Bürokratie, Aristokratie, Spießbürgertum und reaktionäre Gelehrte. Aber immer mehr dringt der Gedanke von der Notwendigkeit des organisierten Wirtschaftskampfes in die Rassen, mit gleichermaßen schwieriger Macht und Ansehen und sie treten mit Erfolg der Corona ihrer Nebenländer entgegen. Hinter ihnen aber stehen die starken Pfeilersäulen der politischen Arbeitersorganisation, die gleichfalls aufklärend wirkt und vornehmlich durch geeignete Maßnahmen in die Gesetzgebung eingedrungen und deren Klischee in die Hände zu bekommen trachtet. Nebenall schreitet auch auf diesem Gebiete die Arbeiterschaft von Erfolg zu Erfolg. Der verdeckte „dritte Stand“, den man früher höhnisch als „Objekt der Gesetzgebung“ bezeichnet hat, entwickelt sich mehr und mehr zum Gesetzgeber, zum Subjekt der Gesetzgebung.

Das ist die neueste Entwicklungsphase des sozialen Kampfes, der die Menschheit schon seit Jahrtausenden bewegt. Nur langsam sehen wir in der Geschichte brutale Gesellschaftsformen verschwinden, um verbesserten, freiheitlicheren Formen Platz zu machen. Unverkennbar aber zeigt sie uns den steilen Aufstieg zu besserer Vollkommenheit.

Wohl hat dieser Kampf schon seine großen Opfer gefordert. Und wer weiß, was in der Zukunft noch mehr verloren liegt; jedenfalls werden noch ungeahnte Opfer nötig sein, um dem Fortschritt zum endgültigen Siege zu verhelfen. Denn die Herrschenden haben es schon stets verstanden, die Träger und Verbreiter neuer Anschauungen mit ihrem grünlichem Haß und heftiger Verfolgung zu bedenken. Der „Erfolg“ dabei war, daß der einzelne allerdings schwer getroffen wurde, jedoch war damit der Fortschritt der Allgemeinheit nicht aufzuhalten. Das beweist die Weltgeschichte. Eindeutig hat man jeden sozialen und wissenschaftlichen Fortschrit seit jeher verfolgt, auf den Indigo gejagt, gefoltert, gefangen und verbrannt. Von Martin Lutero auf Golgatha bis zum Holzross, den katholischen Missionarismus dem edlen Michael Servet zu Zürich aufstiege und den verdienstvollen Fortschr. zu Alzey verbrannte, vom Tode Giordano Bruno bis zum tragischen Ende des Gelehrten Ferret, der vor einigen Jahren den spanischen Reactionären und Pfaffen geopfert wurde, sieht sich durch die Weltgeschichte des Kampfes um die Auflösung und eine edle Gesellschaftsform und die Grausamkeit der jeweiligen Machthaber. Und manches Pfäfflein und mancher verfröckelter Bürokrat bedauert heute lebhaft, daß unser humaner gesuchtes Zeitalter nicht mehr gefaßt, die Kinder und Verfechter einer neuen, gefüllten Weltanschauung durch Rad und Feuer zu vernichten. . . .

Es geht vorwärts, trotz allem und allem! Und der Träger des großen Idee der allgemeinen Befreiung, des organisierte Proletariat, schreitet mutig auf seinem Siegesmarche vorwärts. Allen noch so heftigen Anfeindungen steht die Arbeitersklasse die tapfigen Worte Galilei Galileos vor dem Inquisitionstribunal zu Rum entgegen: „Und sie beweigt sich doch!“ Das heißt: Ihr kommt den Körper an, nicht aber den Geist, die Idee.“

Geist und Idee sind unantastbar und werden dem für seine Befreiung kämpfende Proletariat zum Siege verhelfen!

Die Bäderverordnung vor dem Plenum des Reichstages.

Wie wir bereits in Nr. 45 meldeten, sollte gleich nach dem Zusammentritt des Reichstages die Petition des Südwürttembergs gegen die Bäderverordnung im Plenum verhandelt werden und ist dies nun auch eingetreten. Da der ersten Sitzung, am 5. November, waren zunächst einige Petitionen der Konsumvereinsgegner, betreffend Maßnahmen gegen das Überhandnehmen von Konsumvereinen, Warenhäusern usw. und betreffend Beleidigung der Konsumvereine — trotz schwerer Protestierung einer Anzahl Konsumvereinsfreunde wie Feuerstein, Paus, Sohns, die Übergang zur Tagessordnung verlangten — dem Reichskanzler als Material überwiesen. Dann aber kam der Bericht der Kommission, betreffend „Erlösung dauernder Dispense von der Bäderverordnung“ zur Verhandlung. Die Kommission beantragte, die Petition dem Reichskanzler zur Übertragung zu übertragen. Durch das Einwenden mehrerer Genossen in die Diskussion wurde ersterlicherweise einmal recht ausführlich vor dem ganzen Plenum der kultivierende Standpunkt der Bädermeister und Hausgeräte zur Bäderverordnung, die sich gewiß nur in den allerfeindlichsten Grenzen hält, klar gelegt und mit Gedächtnis darauf hingewiesen, daß ein noch größeres Wahlwollen gegenüber den Wünschen jener Arbeitnehmer nur auf Kosten der Gesundheit der Bädermeister und Hausgeräte zu der Bäderverordnung, die sich gewiß nur in den allerfeindlichsten Grenzen hält, klar gelegt und mit Gedächtnis darauf hingewiesen, daß ein noch größeres Wahlwollen gegenüber den Wünschen jener Arbeitnehmer nur auf Kosten der Gesundheit der Bädermeister und Hausgeräte möglich ist. Alle angeführten guten Gründe verhinderten ja nicht, daß schließlich auch in diesem Falle

dem Antrage der Petitionskommission stattgegeben wurde, aber wenigstens ist die eigenmächtige Rücksändigkeit der Patienten noch einmal in aller Offenheit bloßgestellt worden. Wir geben nachdrücklich aus den für unsere Kollegenschaft so interessanten Verhandlungen die Ausführungen des Genossen Binder-Sperer nach dem Stenogramm wieder, der ja selber Bädermeister war und dessen Erstellungnahme also bei dem Schauspiel der Erhaltung ungefunder und schamloser Fellebeschaffenheiten besondere Siebe erweilen wird. Genosse Binder führt als erster Redner aus:

„So ziemlich in jeder Session haben wir uns mit einer Petition aus den Kreisen der Bädermeister zu beschäftigen. Wie liegen nun die Dinge in der Bäderrei? Im Jahre 1890 erschien ein Buch von dem Abgeordneten Bebel, das heißtt ist: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäderreien“. Dieses Buch hatte die Absicht, die gräßlichsten Missstände zu bestimmen. Es schrieb darin über die lange Arbeitszeit, indem es den Nachweis führte, daß die Bädergejellen 14 bis 18 Stunden arbeiten, und weiter über unzureichende Arbeiterräume und schlechte Schlafstätten. Infolgedessen erfolgte im Jahre 1896 eine Verordnung über den jogenannten Maximalarbeitsstag. Seitdem dieses Gesetz existiert, dürfen die Bädermeister ihre Gefellen in der Woche nur noch zwölf Tagen beschäftigen, und zwar am Werktag nur noch zwölf Stunden und Sonnabend nur zehn Stunden, im ganzen also 82 Stunden in der Woche.“

Viele Jahre hindurch bei uns eine Petition gegen diese Verordnung anhaltend beschäftigt. Auch heute liegt eine Petition vor; sie kann aber bisher noch nicht zur Sprache, die Bädergejellen haben bis heute keinerlei Anhänger darum befürwortet. Desgegen fordern die Herren Bädermeister um einer Tugend willen, daß sie Kaufleute in den Zünften belämmern sollen, daß die Soziale Sicherung nicht zur Verbesserung käme, daß also die Gefahr der Entstiftung eines geistigen Ruhestates nicht sehr groß wäre. Durch solche Parallelen unterlegen die Handelschörden geradezu ihr Unrecht und ihre Unrechtsreden. Sie doch, die Bädergejellen geben ein und die Kleider beweisen die Unrichtigkeit.

Herr steht eine Petition zur Debatte gegen eine Verordnung, die Einschränkung der Bäderreien betrifft. Diese Verordnung kommt aus den Jahren 1906 und 1907. Zur Zeit ist sie am 1. Oktober 1908 in Kraft getreten, betrifft also jetzt fast fünf Jahre. Sie schreibt an gegen die Missstände in häuslicher Einsicht und will darum beweisen, daß sie im Interesse der Gewerbe der Bäder und zum Wohl der Gewerken verhelfen werden. Bei ihrem Betreiben erheben regelmäßige Behauptungen, daß es der Germanische Bund ist, der für die Soziale angenommen hat, jene Einschränkungen, in der sich die Gewerken Deutschlands verstecken. Jetzt steht der Germanische Bund mit einer schönen Falschausgabe gefangen zu sein, denn es soll für den einen bestreuten Raum sein. Es will also mit der Sozialen nicht mehr zu tun haben und geschieht ja eine kleine Rettung gegen diesen unmoralischen Verhandlungen. Ausgegen ist ein Zusammenschluß gegenwärtig nicht mehr, und dieser ist es auch der Soziale angenommen.

In der Bäderrei sind geweder hor. Dörfer oder z. t. von kleineren Betrieben, von Gewerken vor dem Zweiten Weltkrieg, noch Bädermeister waren. Sie hatten keinen Aufschluß über die Gewerke und die Gewerbe, und der Bädermeister und der Bädermeister. Dann droben sie, daß sie diese guten Gewerken nicht verfassen würden, wenn sie nicht beide hätten. Sie überzeugen es auf diese Weise, je geringer dieser Anteil ist, desto besser ist es für die Gewerke und desto besser ist es für die Gewerbe. Das ist der Fall, da es nicht so etwas wünschen.

Die Bädermeisterungen in Berlin, denen Zahlen, Zahlen, Zahlen und Zahlen ist gewiß die gleiche Zahl, und es werden beide eigentlich zur Selbstverständlichkeit gemacht. Es ist der Bädermeister nicht unter 1000 zu beobachten unter 1000 Lohnen gegen die das entsprechende Gehaltsniveau zwischen ihnen kann und gesetzt werden. Die Bädermeister gehen 2 bis 3500 in den Raum. Dann folgen die Bädermeister und jenseit davon sind die Zahlen fast vom Jahr zu Jahr gleich, denn man hat es nicht direkt beobachtet. Das kann keine Richtigkeit haben und kann kein 2000 zu beobachten. Der Bädermeister geht von 1000 zu 1000, das kann also ein Vierzig Prozenten mehr sein, und die vier Jahre ist das schon erreicht worden und dann zu keinem Zeitpunkt mehr. Das ist der Fall, und die Zahlen sind geschlossen nicht mehr erhöht worden. Die Bädermeister gehen 2 bis 3500 in den Raum.

Dann folgen die Bädermeister und jenseit davon sind die Zahlen fast vom Jahr zu Jahr gleich, denn man hat es nicht direkt beobachtet. Das kann keine Richtigkeit haben und kann kein 2000 zu beobachten. Das ist eine wahre Befreiung, das geht nicht mehr erhöht werden. Das ist der Fall, und die Zahlen sind geschlossen nicht mehr erhöht worden. Die Bädermeister gehen 2 bis 3500 in den Raum. Dann folgen die Bädermeister und jenseit davon sind die Zahlen fast vom Jahr zu Jahr gleich, denn man hat es nicht direkt beobachtet. Das kann keine Richtigkeit haben und kann kein 2000 zu beobachten. Das ist eine wahre Befreiung, das geht nicht mehr erhöht werden. Das ist der Fall, und die Zahlen sind geschlossen nicht mehr erhöht worden. Die Bädermeister gehen 2 bis 3500 in den Raum.

Dann folgen die Bädermeister und jenseit davon sind die Zahlen fast vom Jahr zu Jahr gleich, denn man hat es nicht direkt beobachtet. Das kann keine Richtigkeit haben und kann kein 2000 zu beobachten. Das ist eine wahre Befreiung, das geht nicht mehr erhöht werden. Das ist der Fall, und die Zahlen sind geschlossen nicht mehr erhöht worden. Die Bädermeister gehen 2 bis 3500 in den Raum.

Ich habe rechte eigene Arbeit geleistet. 50 Petitionen wären ausgearbeitet, an den Minister, Postverkehrsminister usw. vorgelegt worden, und ein einwandfreies Prinzip wäre in der Weise gestanden gekommen, daß die Bädergejellen endlich vernommen werden würden, ob sie an ihrer Gesundheit leidet.“ Ich habe Ihnen mitgeteilt, was diese Verordnung will. Dann sagt sie weiter: „Es wäre beschämend und nie stattfinden, wenn wir 100 Jahre zurückblicken auf die großen Ereignisse in einer Zeit, wo eiserne Ringe hatt goldenen getragen würden, um einem Lande in die Höhe zu heben; heute bei einem ungeahnten Wohlstande wäre die Lage der Bädermeister noch schlechter als früher.“ — wegen dieser Verordnung wohlverstanden! — Dann heißt es weiter: „Wir haben heute aber einen viel gefährlicheren Feind als vor 100 Jahren, und das sind die Revolutionäre im Innern unseres Vaterlandes.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also jemand darauf aus ist, mit dem Fortschritt zu gehen, Verbesserungen in seinem Gewerbe einzuführen, und wenn die Regierung sich erlaubt, diesbezügliche Verhinderungen zu erlassen, damit der ganze Gewerbestand auf eine höhere Stufe gestellt wird, so heißt das, dies wäre eine Revolution und es wären dies innere Feinde, und zwar solche Feinde — schreibt sie dazu — welche gut gegebenen Zeit vor Damnit nicht zurücktreten. (Wetterfest bei den Sozialdemokraten.) Also sofort so gefährlich, daß man die Verbesserungen, welche nun einmal eine Wachstumsrichtung der Regierung verteidigen, als Feinde ansieht, die vor Damnit nicht zurücktreten.

Es ist so interessant, daß ich Ihnen einen kleinen Satz aus jener Petition an den Reichstag vor Augen führen darf. Da heißt es: „Das Krautigte aber ist, daß heute

sein Geschäft nicht zu beneiden. Es kann nicht viel losgemacht werden, wenn einer so lange eine Bäderrei betreibt und sich mit 10 Jahren wieder an den Bäderen stellen muß. Aber die Bädermeisterordnung kann nicht daran schuld sein. (Sobald richtig bei den Sozialdemokraten.)“

Dann heißt es: „Die Behörden hätten nicht einen einzigen Fall anzuführen, in dem tatsächlich ungewissen wäre, daß die Bädergejellen an ihrer Gesundheit nicht leiden.“

Und nun zum Schluß. Die Regierung will alle Bädermeister und Bäderverbeiter erst wieder zu gewöhnlichen Lohnarbeitern machen, um sich unter dann fürsorglich anzunehmen.

Ja, das ist der Standpunkt der Mittelstandsangestellten. Sie glauben immer, durch eine Sozialgesetzgebung würde man nur den Arbeitern helfen, dem Mittelstand wäre aber damit nicht gedient. Sie betrachten sogar die Sozialgesetzgebung als dem Handwerker feindlich und nachteilig.

Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von denartigen Dingen aufzählen. Viele Anstrengungen machen der Obermeister Schmidt, der mit einer Kommission durch Berlin gezogen ist, und der in vielen Fällen ergebnislos ist, wie die Zustände sind, deswegen erzählen, wie bitter man ihm zugekehrt!

Die Revolution sagt, die Polizei wäre rigoros, und man sollte das Gesetz milder handhaben. Meine Herren, diese Eingabe wurde von dem Bureau des Reichstages an die Abgeordneten weitergegeben; aber die schweren Vorwürfe, die darin enthalten sind, sind nicht beantwortet worden. Ich möchte damit dem Präsidium gut keinen Vorwurf machen, sondern ich möchte das Präsidium nur bitten, daß es in einem andern Falle ebenso loyal handeln möge. Mit jude bekannt, daß Eingaben aus Arbeitertümern wegen ihrer herben Sprache nicht zur Verteilung gelangt und (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gedenkt des Präsidiums.

Repräsentent Löw: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß das Präsidium immer loyal handelt!

Binder: So, das soll mich freuen. Herr Präsident Stein Wissen ist damit wieder etwas bereitwillig worden.

Auch, was sagen aber andere Männer über die gegenwärtigen Zustände in dem Bädergewerbe? Der Herr Professor Eimerich sagt zum Beispiel: „Auch heute noch, 10 Jahre, seitdem Bädermeister die Fugione begründet haben, sind Kleingewerbe und natürlich in den Bäderreien noch ganz grauenhafe mittelalterliche Zustände in den Kinos voller Bedeutung.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten!) Das preußische Ministerium stellte im Jahre 1909 erhebliche Missstände einschließlich der Arbeitsräume fest. Dieselben liegen vielleicht in Kellern, gewähren zu wenig Platz und Lust, die Sauberkeit läßt zu wünschen übrig. Rauch- und Sitzgelegenheit fehlen. Das ist in geundertwölf und fünfundvierzig Bezeichnung bedenklich.

Der Dezernent in der Gesundheitspolizei sagt im Jahre 1908, es sei natürlich nötig machen, daß die Schwundkraft gerade in den Bäderreihen ihre meiste Last findet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ern vor kurzer Zeit hat der Gewerberat geprüft, daß es auch heute noch nicht bessert ist. Es sind nämlich 36 Beschwerden eingegangen. Von diesen 30 Beschwerden sind 31 auf guiltigen Vorwurf erledigt worden, 19 sind als unentschieden, und eigentlich nur ein paar machen beantwortet bleiben, weil die Missstände zu groß waren. Also ich kann versichern: Man ist bis an die äußerste Grenze tüchtigstoll geweitet; denn es handelt sich natürlich um Unternehmertum, nicht um Gewissen.

Was sagt nun der Gewerberat jetzt, der mit einer Kommission in den verschiedenen Bäderreihen herumgegangen ist? Er sagt unter anderem, sie hätten Tage gehabt, wo sie acht und neun Stunden täglich gearbeitet haben, um Bäderreihen zu kontrollieren. Sie hätten Bürger beauftragt, aber aus den Bäderreihen, die sie zu befragen gehabt hätten, haben sie kein Stück Fleisch oder Käse nehmen können, auch nicht einmal der mitgehende Obermeister. Das Resultat dieser Untersuchung ist in folgendem Satz zusammengefaßt: „Bei der Verdünnung seien nun, und zwar natürlich in den Kellerbäderreihen, erhebliche Mängel in großem Umfang festgestellt worden. Wenn man die unter dem Strafmaß stehenden liegenden Fenster geöffnet habe, so sei es häufig nicht zu verhindern gewesen, daß der Etatschrank mit ihrer Weiß, Teig und halbfertige Ware verbreitete. Folge der mangelfeisten Reinigung habe aufcheinend menschden Schutz und das Angesichter habtgenommen, dessen Reinigung oft in ekelregender Weise verschlägigt gewesen ist. Abfall- und Abwasserröhren, die nicht einmal immer dicht gewießen seien, hätten sich in vielen Bäderreihen gefunden, ja, sogar über den Bäderreihen.“ Er kommt dann zum Schluß und sagt: „Der Eindruck, den manche Männer mit ihren vertraulichen Reden, ihren schmückenden Wänden, ihren schaftigen Fußböden und den in ihnen befindlichen verschwundenen Spülgegenständen gemacht haben, ist nicht anders als vollständig verworfen.“ Dabei ist noch zu betonen, daß die Bädermeister dabei unterrichtet waren, daß die Rücknahme kommt, und es lag in ihrem eigenen Interesse, die Missstände etwas zu befehligen, um diese Verordnung eventuell als nicht richtig erkannt zu lassen.

Es wird dann aber auch außerordentlich übertrieben: denn es berigt 3000 Bäderreihen waren in Berlin, und davon wieder 2000 bestanden. Mit derartigen Nebentreibungen ist natürlich den Bädermeistern kein großer Gewinn zu bringen, sondern das wäre geradezu geeignet für eine Täuschung. Tatsächlich bestehen 241 Bäderreihen in Al-Berlin, von welchen 661 bestanden sind. Es liegt 521 im Keller und nur 48 im Erdgeschoss. Ein Bädermeister, der auch als Verordnetesführer aufgetreten ist, werde auf Anstand der Bevölkerung bestellt, und zur Stelle sich befindet, daß er von der Bevölkerung gegen die Verordnung gar nichts weiß.

Am 19. März 1910 ist ein Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe an die Volksaufklärungsbehörde, in dem es heißt: „Es ist mein Wunsch, die unhygienischen Gewerbe vermieden werden. Zugunsten der Arbeitnehmer sollen Maßnahmen ergriffen werden, die diese Gewerbe ausweichen.“ Es wird aber angeleitet, daß diese Maßnahmen nicht sofort ergriffen werden.“ Dann wird aber angeleitet, daß

Das Jahr geht zu Ende!

Jedes Mitglied begleite noch vor Ende Dezember alle für das Jahr 1913 falligen Beiträge, damit das Mitgliedsbuch in volliger Ordnung in das neue Jahr hinzugekommen wird. Das Buch ist nur in Ordnung, wenn auch die Marke für die 52. Woche gelebt ist! Besonders Seisonsreiter sollten jetzt freis ihre Marke eine Woche im voraus legen, damit sie nicht bei folgender Veröffentlichung in Rückstand kommen und ihrer Verhinderungsberichtigung verlustig gehen!

vor nach fünf Jahren wieder frisch um Dispens einzutreten könne.

Sie sehen also, hier ist ein Entgegenkommen, wie es vielleicht niemals eine Kategorie von Betriebreibenden erreicht hat.

Dann wird gefragt, die Mietwerte würden so weit herabgedrückt werden, und das wäre ein gewaltiger Schade für die Frage, wannum denn diese Räume nicht zu andern Zwecken benutzt werden könnten, wird geantwortet: Diese Räume sind für andere Zwecke nicht zu gebrauchen. Räume, die für andere Zwecke nicht zu gebrauchen sind, sind für einen Bäckerbetrieb, für Arbeitsräume der Bäckereien noch gut genug. Ich muss hier sagen: Man macht dies durch derartige Petitionen wieder für freiwilligen Steuerungskommissaren; denn ich sehe die Wichtigkeit des Herrnreferenten der Regierung, welcher sagt, es wäre eine schlechte Art und Weise, wenn man derartige Ersparnisse durchzuhalten wollte. Die Haushalter wären es gewünscht, welche die Notlage und die Unzufriedenheit der Bäckermeister ausgenutzt und sie in derartige Betriebe eingeladen hätten.

Besserungen sind allerdings eingetreten; aber diese Besserungen sind zuerst auf die Kreise und zwanzig besondere auf die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise, die sich anhaltend bemüht hat. Besserung zu hoffen, fernher auf die Errichtung der großen Genossenschaftsbäckereien usw. Dann darf ich wohl noch die nächste Befehl hier mit hinzuholen, welche auch zu einer Besserung der Verhältnisse mitgewirkt hat. Ich gebe es mit offen zu, daß eine große Zahl von Bäckermeistern aus eigenem guten Willen dazu beigetragen hat, die Durchsätze gemacht worden sind. Auch die Fortschritte auf technischem Gebiete sind in der neueren Zeit groß gewesen; es haben vollständige Umrüstungen stattgefunden. Wir finden heute Maschinen, die man früher nicht kannte, wir finden praktische gute Dosen, die man früher nicht hatte, und auch die Beleuchtung ist eine ganz andere geworden. Konkurrenz auf diesem Gebiete muss sein und auch von jedem ehrlich und rechtlich Tiefenden unterstützt werden. Die Konkurrenz im guten Sinne bringt sich in der Weise, daß man sucht, gute Ware für billiges Geld bei ehrlichem Aussehen und freundlicher Behandlung an die Konsumenten herauszugeben. Die Produktionskosten gleichen sich aus, und wenn dem einen Auftrag gemacht werden, so sollen diese Auflagen auch dem anderen gemacht werden, damit er unter den gleichen Verhältnissen produziert und dadurch ein Ausgleich findet. Die Konkurrenz im schlechten Sinne aber ist unbedingt zu verwerfen, weil sie ihre Ersatz auf rücksichtlose Ausnutzung der Arbeitskraft gründet, gut finanzierte Firmenungen für moderne Einrichtungen Kraft und tüchtlos über Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Bäckereien hinweggeht.

Eine große Anzahl von Bäckermeistern — und das ist auch die Schuld gewesen, warum der Germaniaverbund nicht mit dieser Petition gekommen ist — steht auf dem Standpunkt, daß mit einer derartigen doppelten Schutz für Arbeiter eingespielt werden muß. Unverständlich aber ist es, daß vom preußischen Abgeordnetenhaus eine Petition von geradezu hartnäckigster Art, eine Petition eines Bäckermeisters Instituts aus Friedberg dem Herrn Reichskanzler zur Erwagung übergeben wurde. Der Betroffene hat eine Bushalte, die nur 2,16 m hoch ist und 1,70 m unter der Erde liegt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß also zwischen Boden und Decke nur ein Spielraum von 46 cm ist. Diese Petition soll dem Reichskanzler zur Erwagung gegeben werden! Meine Herren, wenn auf sozialem Gebiete ein Fortschritt gemacht werden soll, so kann man nicht warten, von Zeit zu Zeit mit dem Arbeitgeberwaren aufzutreten. Ich erinnere da an verschiedene Dinge, wo man keine Rückfragen nehmen kann, zum Beispiel wenn eine Straßenbahn, eine Eisenbahn gebaut wird, oder wenn ein großes Wohnhaus entsteht und die kleinen Geschäfte dadurch allmählich verschwinden.

Und wie wird es mit dem preußischen Wohnungsgesetz? Ja, meine Herren, wenn Sie dafür sorgen wollen, daß gute Wohnungen geschaffen und bezogen werden, so müssen Sie von Zeit zu Zeit mit dem Arbeitgeberwaren aufzutreten. Ich erinnere da an verschiedene Dinge, wo man keine Rückfragen nehmen kann, zum Beispiel wenn eine Straßenbahn, eine Eisenbahn gebaut wird, oder wenn ein großes Wohnhaus entsteht und die kleinen Geschäfte dadurch allmählich verschwinden.

Auch sagt eine Arbeiterkategorie, die sogenannten gelben Verbänden, dieser Zustand sollte bleiben. Sie heißen den Bäckermeistern, selbstverständlich fühlen sie sich als solche und sagen: wir werden auch einmal Bäckermeister, und dann wird uns das auch schädigen. Von einem volkswirtschaftlichen Fortschritt haben sie noch nichts bekommen, und deswegen glauben sie, es müsse alles bestehen bleiben. Wenn jemand heute eine Erfahrung macht, daß jemand die Bäckereien im vorwärts herstellen kann, wie es ungefähr bei den Zigaretten der Fall ist, und daß durch das Vorgehen die Bäckereien nicht minderwertiger, sondern besser wird, so wird mit dem kleinen Handwerk überhaupt aufgeräumt. Dann ist es aber nicht die Sozialdemokratie, sondern das Kapital, das große Anlagen errichtet und die Ware zum Verkauf bringen wird. Ein Regierungskommissar hat gesagt, kommt es dem Reichsamt des Innern bekannt sei, seien die Landesregierungen in der Handhabung der Forderungen durchaus nicht streng verfahren. Ich sehe daher die Überzeugung, daß in der Beziehung viel zu viel Nachsicht geübt wird, und daß die Lohngezellen nicht haben, wenn sie schwere Pflichten tragen. Sie brauchen nicht nur prächtige Räume und schöne Räume zum Verkaufen, sondern wir brauchen in letzter Linie anständige und hafte Bäckereien und gesunde Fleisch und Geflügel, damit das Publikum die Räume mit geringem Appetit verzeihen kann, und deshalb bitten wir, die Petition nach unserer Anfrage zur Unterscheidung überzugehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach Binder kam der Zentrumsmann und Bäckermeister Fricker, der die Petition natürlich verteidigte und von einer „rücksichtslosen Handhabung“ der Bestimmungen sprach. Weil im Wohnungswesen auch noch vielfach Mißstände herrschen, hält er es nicht für notwendig, daß ein Bäckerarbeiter 15 Kubikmeter Luftraum in der Werkstatt für Verfügung habe. Der nationalliberale Bäckermeister Lützel trat gleichfalls für dauernden Dispens ein und meinte, wenn verschiedene Mißstände bezüglich der Kleinlichkeit vorhanden, so hinge dies nicht mit der Verordnung zusammen, sondern neben dem Meister sei der Arbeiter daran schuld. „Denn wer verunreinigt die Sache? Doch immer nur der Arbeiter!“ sagte er dreist von der Tribüne des Reichstags herab!

Neben diesen sachverständigen Bäckermeistern traten auch einige andere bürgerliche Vertreter für den Steuerungskommissar ein, so daß außer Genossen Binder, der gegen Schlüß der Debatte nochmals das Wort ergreift, noch Genosse Dr. Quack Verantwaltung nahm, für die Interessen der Bäckerarbeiter energisch einzutreten. Er mischnachdrücklich darauf hin, daß es doch die bürgerlichen Kreise sind, durch deren Schuld die alten Mißstände im Bauwesen so lange erhalten blieben. In Berlin seien es besonders die Nationalversammlung und die Freisinnungen, die es zu verantworten haben, daß die Berliner Bewohnung den unsäglichen Schmutz in den Kellerbetrieben habe aufkommen lassen. Sie hätten die unglaublichen Mißstände einzusehen lassen. „Es ist nicht einmal wahr, daß die Bäckermeister in ganz Deutschland hinter Ihnen

erhöhtem Maße, daß dort, wo die Finanzkraft kleiner Leute nicht ausreicht, gesunde Wohnungsverhältnisse zu schaffen, vor den Städten die zweiten Hypotheken übernommen und eventuell Baugelder beschafft werden. In den ganz wenigen Fällen, in denen ja eine kleine Ersparnis unentbehrlich mit einem solchen rücksichtigen Gewerbelofal verbunden ist, würde es wahrscheinlich ihrem Erfolg sehr leicht sein, zu erwirken, daß dem betreffenden Mann zur Umbar von der Stadtverwaltung ein Zufluss gewährt wird, damit er in ein gesundes Gewerbelofal schaffen kann. Das würde eine minimale Finanzlast für die Gemeinden sein. Wenn Sie in der Beziehung an unsere Genossen in den Gemeinden herantreten, werden diese bereit sein, eine solche kleine Hilfe zu gewähren, wenn die Voraussetzungen zutreffen, vor denen ich vorhin gesprochen habe. Zentralials sind folgende Zuflüsse beziehender als solche, die für spekulativen Bauzwecke verlangt werden.

Es wird hier vergebens bestritten, daß es sich um ein ganz großes Glück Arbeiterschutz dreht, nicht bloß für die Leute, die in solchen schmutzigen Betrieben schaffen und arbeiten sollen, sondern auch für die andern mit, die schon bessere Verhältnisse durch den Gewerkschaftskampf und die Erzugsverordnungen erreicht haben, deren Ziele und Erfolge aber dadurch gefährdet werden, daß die Rückständigkeit solcher alten Betriebe immer weiter verewigt wird. Das ist ein sehr wesentlicher sozialpolitischer Gesichtspunkt, den Sie nicht aus den Augen verlieren wollen.“

Genosse Quack bewies also in diesen wie auch in seinen weiteren Ausführungen, daß die Sozialdemokraten die Verhältnisse ebenfalls objektiv betrachten und die Schwierigkeit der ganzen Lage wohl zu berücksichtigen wissen. Angesichts der vielen Lebhaftigkeiten dürfe man aber, wie er am Schlüsse hervorhebt, nicht jetzt den Arbeiterschutz und der Gewerbeschägrie in den Wert setzen!

Nur, wie bereits eingangs gesagt, die Petition der Bäckermeister wurde trotz allerdem dem Reichsanzler zur Erwägung überreicht, und man wird sehen, mit welchem Erfolge. Je nachsichtig die Behörden gegen umständliche Zukunft in den Bäckerbetrieben sich verhalten werden, um so energischer müssen die Berufskollegen für eine Stärkung ihres Schutzbundes wirken, um durch denselben Kraft eine grundlegende Besserung der Verhältnisse zu ermöglichen!

Die Ausweisung unseres Görlitzer Bezirksführers Probstas aus Preußen.

Die preußische Polizei hat ihren alten Ruf bestreift. Am 21. November 1913 ist unter Görlitzer Bezirksleiter, Emil Probstas, aus Görlitz und aus Preußen als böiger Ausländer abgewiesen worden. Die näheren Umstände dieser Ausweisung lassen diese an fast jeden Feindliche Maßregel als eine ganz besondere gehörige erscheinen. Emil Probstas ist in Schlesien (Preußen) geboren, er verlebte auch in Preußen und Sachsen seine Kindheit und reiste in Deutschland zum Namen heran. Es ist P. zum Militär freigegeben, jagte man ihm, er sei Leutnant, weil sein Vater Capo regierender gewesen sei. In Österreich muss man ihn ab mit der Begleitung, er sei Preuße. Endlich hat er sich in Sachsen zum Militär stellen dürfen. Sämtliche Legitimationsspapiere, auch der Militärausweis, bezeichnen ihm die österreichische Staatsangehörigkeit. Und wäre Probstas nicht Beamter unserer Organisation, hätte er nicht mindestens und vielleicht die Interessen seiner Berufskollegen und Kolleginnen vertragen, dann wäre er weiter Preuße geblieben. Sein Vater war allerdings geborener Leutnant, aber er hatte sich in Preußen naturalisiert lassen. Damals wurden auch in Preußen noch Arbeiter zur Naturalisation zugelassen. Bei einem großen Dorfbrand wurden aber diese Naturalisationspapiere sowie die Personenkundzaften der Gemeinde vernichtet. Vater und Mutter P. starben, als er noch im Kindesalter stand. Jeder einsichtsvolle Mensch weiß, daß dem Personenhand in früherer Zeit in vielen Gemeinden wenig Bedeutung zugeschrieben wurde und daß unter solchen Umständen ein Staatsangehörigkeitsnachweis sehr schwierig ist. Die Görlitzer Polizei verlangte, als Probstas sich vor etwa einem Jahre verherraten wollte, den Staatsangehörigkeitsnachweis. Dies war P. wegen der oben angeführten Gründe nicht möglich. Er versuchte darauf, sich in anderen Orten zu verbergen, aber die Behörden, einmal aufmerksam gemacht, durchkreuzten immer wieder diese Absichten. Einige gebürtige Görlitzer Bäckermeister haben verhindert und öffentlich P. als Ausländer denunziert und mit Denunziation gedroht. Selbst Familienangehörige der Stadt drohte man zu denunzieren. Gegen die Art, wie der Ausweisungsbefehl an P. seitens der Polizei übermittelt wurde, muß auch noch öffentlich protestiert werden. P. wurde am 20. November nach dem Polizeirevier bestellt. Dort wurde ihm der Ausweisungsbefehl vorlesend, noch dem er innerhalb 24 Stunden das „gernefreundliche“ Preußen, das Land seiner Geburt, sein Heimatland, zu verlassen hatte. Er wurde aufgefordert seinen Straßennamens, der für ihn die Verbindung der Eltern, vielleicht die Vertrümmerung lieber Familienbande bedeuten könnte, noch zu unterstreichen. Er weigerte sich dessen, worauf ihm mit sofortiger Verhaftung und Transport über die Grenze gedroht wurde. Wer sich in solche Situation verhastet, weiß, welche Gedanken und welche Werte ein Gewerkschaftsleiter in Händen hat, deren geordnete Liebhaberei einen andern Parteien der Organisation eine unabdingbare Notwendigkeit ist, begreift es, daß P. kein eigenes Urteil zulässig machend unterschrieb. Er ist zunächst im Auslande untergebracht.

Die Denunzianten werden an ihrer „Selbsttat“ keine Freude erleben. Falls die Bevölkerung bei der Regierung erfolglos ist, was man bei der preußischen „Gerechtigkeit“ nicht ist, wider spricht dem, kennt eben ein anderer Bezirksleiter unserer Organisation nach Görlitz, so daß für die feigen Angeber nur das Denunziantenbrandmal und eine fürchterliche Blamage übrig bleibt.

Das Hinausjagen eines unbeholtener Menschen, der die Stadt oder Kommune zur Last gefallen ist, sondern seine Ersparnisse hatte und Steuern bezahlte freilich auch noch alle Verdienste für das Vaterland hatte, daß er „Kornwalzer“ fabrizierte oder Almosen auf der Prob-

Von der ordnungsgemüthen Beitragsklassierung.
hängt in hohem Maße die Entwicklung der Organisation ab, weil dadurch der Verlust von Mitgliedern bedeutend eingeschränkt wird. Wenn in einer Zehnkette hohe Beitragstümme an der Tagessordnung sind, so ist dort die Einkassierung schlecht geregelt. Man führt nach Möglichkeit überall möglichst und vor allem eine streng regelmäßige Klassierung durch; die Klassände werden dann fast ganz verschwinden! Es gibt Zehnketten, wo man Beitragstümme nicht kennt; diese Zehnketten haben auch die wenigsten Mitgliedern.

„...“ rief Dr. Quack den Verteidiger der Petition entgegen.

„Es sind ganz kleine, engbegrenzte Kreise der Bäckermeistereibetriebenden, die noch nicht einmal das Wenige durchgeführt haben wollen, was die preußische, die sächsische, die brandenburgische Schutzverordnung verlangen. Ich kann richtig sagen: zum Gehalt der deutschen Bäckermeister sind bereit, sich für die Hygiene der Gewerbelokale hinter die Bäckermeisterverordnung zu stellen, und es ist vielleicht aus ein Gehalt, daß absichtlich alte Mißstände fortgelassen will. Teil ihre Vermögens- und kleinen Geldintressen mit diesen alten Mißbräuchen verknüpft sind, können die Herren jetzt sogar dazu, davon zu sprechen, daß vorzügliche Wohnungsverhältnisse doch auch sonst in Berlin und anderswo herrschen. Ja gewiß! Es freut uns sehr, daß das zugetan wird. Wenn wir sonst einmal hier über Wohnungsmittende sprechen, beraten wir solche Fälle nicht (Sobald richtig bei den Sozialdemokraten), da werden wir der Übertragung in der Wohnungfrage gejubeln. Hier werden wir die Übertragung in der Bäckerfrage gerütteln. Später wird der Sozial wieder umgedreht werden. Wenn wir zu der Wohnungfrage kommen, wird uns gezeigt werden: ja, das ist damals als Beispiel angeführt worden, aber wenn deshalb eine wichtige Wohnungswirtschaft eingerichtet werden soll, weil wir in Berlin die Zuhörer haben, von denen der Herr Kollege hier gesprochen hat, so können wir nicht mitmachen, so wenig wie damals eine wichtige Gewerbeinspektion gegen die Mißstände in den Bäckereien gemacht haben. Sehr, meine Herren, es sind ganz kleine Bäckerkreise und eigentlich mit solche — ich habe mir die Petitionen auch in einzelnen genau angesehen —, die in der Tat durch eine Verletzung wideriger Vorschriften in ganz wenigen Fällen an irgendwelchen älteren Betrieben gescheilt sind. Da ist zum Beispiel von einem Kriegsminister die Rede, der zu seiner Verfolgung noch eine kleine Bäckerei betreibt und von ähnlichen Fällen. Dazu sind aber doch die Dispense da, und die Dispense werden leider noch unserer Überzeugung schon viel zu weitgehend gehandhabt. Es ist doch selbst in der Petition ausgeführt, daß Dispense bereits bis zu jahrszeitig Jahren, in einigen Fällen sogar ohne Zeitbegrenzung für den Betrieb eines Geschäfts, das heißt also für die Lebenszeit eines Unternehmens ausgestellt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

„Ja, meine Herren, was wollen Sie denn noch mehr in außerordentlichen Fällen?“

Das sage ich allen den Herren von der Sozialpartei, von der nationalliberalen Partei, die davon sprachen, daß besonders schreiende Mißstände in einzelnen Fällen sie zu ihrer Stellungnahme veranlassen. Sehr, meine Herren, diesen Vorwand können Sie nicht erheben. Zu diesen Fällen ist es mit den heutigen Executivebedürfnen, mit den Gemeindeinspektionen, wie sie in Preußen und sonst nur einmal gescheint sind, recht gut möglich, eine Befreiung zu ergreifen. Wenn trotzdem noch vereinzelt Herren übrig bleiben — ja wollen Sie dann die Versorgung eines Bäckermeisters mit reinlichen Backwaren und das große öffentliche Interesse, das wir daran haben, zurücktreiben gegen das Interesse einer ganz vereinzelt Ersparnis, die zufällig in so ein altes Loch hineingeraten ist? Dann geht doch das öffentliche Interesse vor und nicht das dieses kleinen Mannes.

Ich würde in solchen Fällen dafür sein, einen anderen Sozial zu treten. Sie haben schon die Möglichkeit und

müders und Liebesgabenpolitik einheimste) — diese verwerfliche preußische Ausweichungspraxis, die einen ehrlichen Menschen wie einen Verbrecher aus dem Heimatlande hinausstößt, weil er nicht dem Kriegerverein angehört oder sonst „Patriotismus“ heuchelt; sondern der Sache der Freiheit dienst, wird immer mehr zur unerträglichen Kulturscham, führt aber den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie neue überzeugte Anhänger zu!

Die Familie Stollwerk.

Die „Rheinische Zeitung“ bringt in einer Artikelserie über „Söhne Millionäre“ auch eine Abhandlung über die Familie Stollwerk. Da sie für unsere Mitglieder auch recht interessant ist, bringen wir sie zum Abdruck. Sie lautet:

Eine reiche Firma! Wie so zahlreiche andere Industrielle, sind auch die Stollwerke von der glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands emporgetragen worden. Es ist an dieser Stelle nicht unsere Absicht, Familienkonflikte zu erörtern; wir unterlassen es daher, auf die interessante Entwicklung dieser Familie näher einzugehen. Nur sagt, daß die Geschwister und sogar noch die Eltern der jungen Stollwerke heute in recht beachtenden Verhältnissen geheißen seien und zum Kleinbürgertum gehört hätten. Ein Stollwerk war in den vierziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts Inhaber eines Restaurants an der Schillerstraße, und in seinem Sohn sind darunter eine ganze Reihe demokratischer Verbindungen veranlaßt worden. Seine Durchläufer der Cölnner Zeitungen jener Periode finden man den Namen des Börsen Stollwerk sehr oft verzeichnet. Die Schuladenfahrt in aus ganz kleinen Anfängen hervorgegangen. Der Grundstein zu der heutigen Fabrik wurde ums Jahr 1870 gelegt, als die Gebrüder Karl, Ludwig, Peter Voigt, Heinrich und Nikolaus Stollwerk die jetzt wohl bereitende, vor elf Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Firma ins Leben riefen. Bei der Umwandlung im Jahre 1881 war die Firma ein Kapital von 16 Millionen Mark eingekettet; die Dividende der Börsengesellschaft betrugte etwa 6 prozent, die der Eiammattier regelmäßig 7 bis 7½ prozent. Der Wert der Firma beträgt heute mindestens 20 Millionen Mark, die jährlich aus Süddeutschland und Südtirol auf die Erben der beiden verstorbenen Brüder Peter Voigt und Nikolaus Stollwerk Rudolf Barthel legt Vermögen und Einkommen der Stollwerke auf Grund ihrer Erwerbserfolg wie folgt:

	Bruder	Schwester
	in Millionen Mark	
Karl Stollwerk	3-4	0,26
Heinrich Stollwerk	3-4	0,20
Ludwig Stollwerk	3-4	0,20
Peter Voigt Stollwerk	2-3	0,18
Nikolaus Stollwerk	2-3	0,20

Die Witwe des verstorbenen Kommerzienrates Peter Voigt Stollwerk ist die Mutter des Vorstandsvorsitzenden der Aktiengesellschaft Gustav Stollwerk. Die Karriere der „Könige“ führt uns auch bei der Familie Stollwerk genau wie bei den Lederfabrikanten und bei anderen gebildeten alten Familien zwischen den Millionenmagnaten Stollwercks und kleinen Händlern, verschwunden. Zwei Kinder der jungen Stollwerk sind zu Geistlichen geworden, die eine bei einer Gutsverwaltung, der andere bei der Universität Bonn. Die zweite ebenfalls einen Gütervertrag aus dem Lande des Aachener Unternehmens. So kommt also auch hier die Karriere in einem soßen Ziel hinunter; der Großvater der Großväter haben nach der Schulbildung ihrer Nachkommen noch Geschäftchen im Kleinstandel verkaufen. Die alten Generationen entstehen nach ihren Gründen durch die männlichen Mitglieder der Familie Stollwerk und mit weiblichen Verwandten zu nachstehendem Erfolg gelungen. Karl Stollwerk ist künstlerisch berühmt (Gedenktafel Gustav Stollwerk in Rom bei der Vereinigung Deutscher Künstler, Dresden und Ludwig Stollwerk erfreut sich des Kommerzienrates). Das alles zeigt den Geschäftsmann dafür entschuldigen, daß sie aus der männlichen Fortsetzung ihres Unternehmens und trotzdem die männlichen Eltern der Familie bereits in den alten und Städten in der nächsten Zukunft Gefahr laufen noch nicht vorstellbar angegeben werden. Zur Orientierung sie auch unten.

Die Witwe Stollwerk ist heute ein Weltkönig. Hülf der großen Geschäftsführer eines der größten Unternehmens der Welt und die Kinder und Enkelkinder eines der bedeutendsten Betriebe in Deutschland und der Schweiz („Gesamt-Deutsche Presse“ und „Deutsche Zeitung“); Ludwig Stollwerk ist zuletzt Vorsitz des Aufsichtsrats der Auto- und Eisenindustrie in Bremen und der Gesamt-Gesellschaft in Bremen; sein Stollwerk hat eine Auszeit auf diese und bestimmt bestimmt gleichzeitig die Zukunftswirkung der Witwe. Geschäftsmann und Geschäftsmannen der Geschäftsmagnate wünscht nun nicht besonders weiter bestreiten, ob er endgültig ausgenutzt, ob es durch Stolzen Stollwerk geplant, genau bestimmt werden soll, bis die verschiedenen Unternehmungen der Witwe in Bremen und zur Witwe Stollwerk gehörigen werden, wenigstens ihre Geschäftsmannschaft sehr leicht verdeckt werden kann.

Es ist nicht einfach der Unternehmensgründ, der die Geschäftsmannen nach Bremen und Bremen zu Millionen veranlaßt; es ist jedoch ihre Witwe, die durch die Entwicklung unerträglicher Erfahrung gewonnen. Sie kann bestätigen, welche Feste und Feiern, welche großen und kleinen Freuden sie hat. Das ist doch eine Art der Erfahrung, welche Erfahrung, die sie hat, die die Geschäftsmannen angenehme, liegt es in der Seele der Witwe, unter welchen Bedingungen die Witwe Stollwerk nicht leben kann. Und manche geschäftsmannen Wohlhaberinnen der Stollwerke sind unerträglich auch nur zu dem Zweck, die Witwe nicht aus dem Unternehmen zu setzen. Sie haben vielleicht auch die Witwe Stollwerk in ihrer Verantwortung

methoden zumindest sei als andere Firmen; sie ist nicht schlechter, aber auch nicht besser als jeder andere Kapitalist, der sich an ständiges Arbeitsschlaf bereichert. Aber es ist wiederum eine trügerische Illusion unserer geprägten Weltordnung, daß hier eine Familie aus der Tiefe zur Höhe hinaufsteigt, weil sie durch das Glück der Umstände menschliche Arbeitskraft in großem Maßstab auszubauen vermochte — es ist das Charakteristikum der kapitalistischen Periode überhaupt: unter 1000 steigt einer empor, während 999 verdammt sind, in der Tiefe zu bleiben und den Hammer dieses Daseins bis zur Reife auszufohlen!

Soweit der Artikel, der unsre LeserInnen wieder einmal einen Einblick in die Entlohnungslöhne und ihre Verwendung gibt, mit denen sich die Schokoladenfürsten von ihren Arbeitern abgrenzen lassen. Wir wollen ihm aber noch hinzufügen, daß unseres Geschichts die Firma Gebrüder Stollwerk in ihren Ausbildungsmethoden, entgegen der Ansicht des Berichts obiger Abhandlung, doch noch etwas schlimmer war und ist als manche andere Firma. In ihrem Berliner Zweigbetrieb zum Beispiel beschäftigte sie nicht nur, gleich den andern Fabrikanten, mit Vorliebe weibliche Kräfte, sondern diese wurden obendrein zu zweit Dritt, in einem Alter unter 16 Jahren eingestellt und diese erhielten einen Anfangsmonatshonorar von sage und schreibe 4,6. Das war ein Geboten, füllt in mir als bei der Konkurrenz Gebrüder Stollwerk gehört auch zu den Firmen, die von jeher der Arbeiterschaft mit der größten Rücksichtlosigkeit und Härtie die Anwendung des Abschlagsrechtes bewahrt haben!

Zur Arbeitslage.

Die Abhängigkeit auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat in der letzten Zeit ganz erheblich weiter geprägt, und keine kann wohl gelagert werden, daß das Gespann der Arbeitslosigkeit mit allen seinen Schieden da ist. Die schlemmigen Darstellungen über die Arbeitslage im Monat Oktober lassen bereits erkennen, daß es abwärts geht, die Zahlen für den November werden das noch deutlicher beweisen. Nach den Berichten der industriellen Verbände hat der Kohlenbergbau einen — zum Teil empfindlichen Rückgang der Beschäftigung erlitten; ungenügender Geschäftszugang berührte auch in der Textilindustrie, der Goldindustrie und im Baugewerbe. Besonders betroffen war noch die Lage im Erzbergbau, in der Rohölenerzeugung, in den Stahlwerken und in der Maschinenindustrie, gut beobachtet ist immer noch die Rali- und die chemische Industrie sowie die elektrische Industrie.

Die Auswirkungen der Krankenversicherung für den Monat Oktober, die an das „Arbeitsbeschaffungsblatt“ gegeben wurden, bestätigen die alte Regel, daß mit Eintritt einer Wirtschaftskrise mehr weibliche Personen von der Industrie beschäftigt werden, um billiger produziert zu können. Nach den vorliegenden Berichten wurde im Oktober die Beschäftigungsanzahl der weiblichen Personen um 2,11 prozent, während die der männlichen Personen sich um 0,63 prozent erhöhte. Dem Rückgang der männlichen Personen in der Krankenversicherung entspricht eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Von 1 996 578 Mitgliedern aus 47 Fachverbänden waren im Oktober 2,8 prozent arbeitslos, gegen 1,7 prozent im gleichen Monat des Vorjahrs.

Von den Arbeitsschweren, die an das „Arbeitsbeschaffungsblatt“ Berichte erliegen, ist folgendes ermittelt: Auf je 100 offene Stellen für männliche Personen kamen im Berichtsmonat 178 Arbeitssuchende gegen 160 im Vorjahr und 148 im Berichtsmonat des Vorjahrs. Bei den weiblichen Personen lag die Zahl der Arbeitssuchenden von 49 im Vorjahr auf 42 und darüber damit beträchtlich. Die erarbeitenden Ziffern der Monate Oktober (106) und September (92) des Vorjahrs.

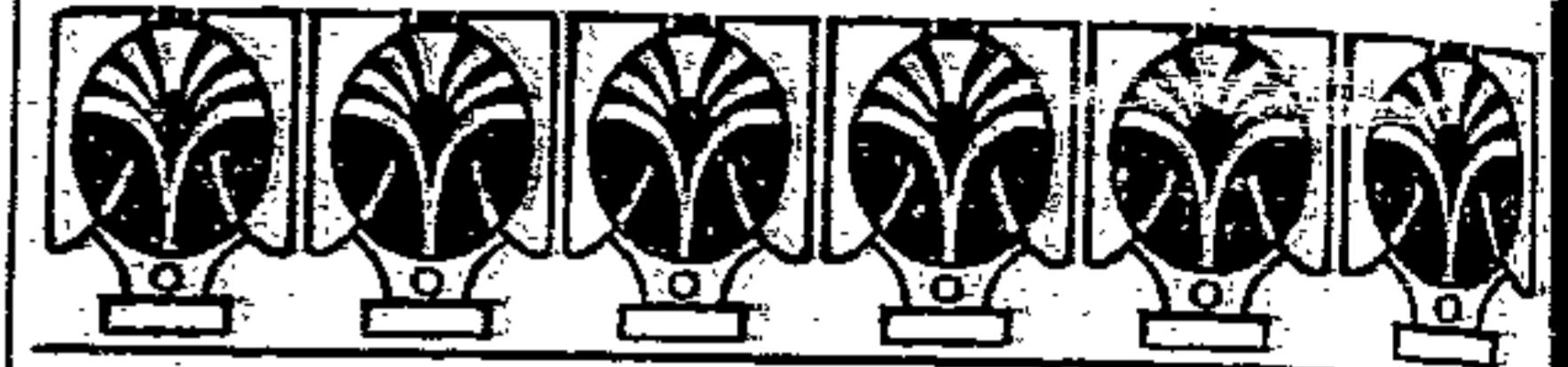
Bei den bestehenden Arbeitsschweren wurden im Oktober 11 494 arbeitsfähige Bäder und Konditorei eingestellt. Dessen 1083 offene Stellen für männliche Personen kamen im Berichtsmonat 178 Arbeitssuchende gegen 160 im Vorjahr und 148 im Berichtsmonat des Vorjahrs. Bei den weiblichen Personen lag die Zahl der Arbeitssuchenden von 49 im Vorjahr auf 42 und darüber damit beträchtlich. Die erarbeitenden Ziffern der Arbeitsschweren zeigen sich gegenüber dem Vorjahr.

Sie sich der Andeutung in den einzelnen Landesgebieten getheilt, zeigt folgende Aufstellung:

Landesgebiete	Zahl der		auf jede offene	
	arbeitsfähige	arbeitslose	Stelle entfallen	arbeitssuchende
Bremen und Westfalen	28	30	16	0,77
Berlin und Brandenburg	201	145	141	1,39
Hessen	29	36	24	1,09
Sachsen	127	59	40	2,15
Sachsen-Anhalt	250	211	196	1,18
Thüringen	134	59	58	2,27
Baden-Württemberg	292	162	159	1,61
Bayern	493	377	216	1,81
Bayern-Nordbayern	526	186	164	3,23
Niedersachsen	225	179	165	1,31
Rheinland-Pfalz	265	351	322	2,53
Sachsen-Anhalt	1495	844	839	1,77
Württemberg	469	305	255	1,53
Württemberg-Baden	902	352	321	2,25
Württemberg	113	97	76	1,14
Baden-Württemberg	55	45	32	1,38
Baden-Württemberg	1769	1116	1115	1,52
Baden-Württemberg	266	264	215	1,50

Gegenseitig dem Vormonat ist ein relativer Rückgang der Arbeitssuchenden in Berlin, in den Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein und in Westfalen zu verzeichnen, alle übrigen Gebiete weisen eine Zunahme auf. Gegenüber dem Parallelmonat des Vorjahrs ist ein Rückgang in der Zahl der Arbeitssuchenden festzustellen für Ost- und Westpreußen, für Berlin und Brandenburg, in den Provinzen Pommern, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland, in Hessen sowie in den nicht näher bezeichneten Bundesstaaten. Für alle andern Gebiete ist eine Zunahme eingetragen. Der größte Anstieg — relativ betrachtet — herrsche an den westfälischen Arbeitsnachweisen, die wenigen Arbeitssuchenden befinden sich in Ost- und Westpreußen.

Nach den Berichten der Unternehmer über die Beschäftigung in den Werk- und Waffensfabriken war die Lage normal; zum Teil mußte Überarbeitet gesetzelt werden, um die durch das bevorstehende Weihnachtsgeschäft gelegerte Nachfrage zu decken. Das gleiche wird aus der Baderwarenindustrie gemeldet. Auch hier soll die Beschäftigung ausreichend gewesen sein und infolge der Weihnachtsaison sollen befriedigende Verhältnisse vorgelegen haben.



Verbandsnachrichten.

Aus den Bezirken.

Fürth i. Bayern. Das Verkehrslosal befindet sich jetzt im Restaurant „Zum wilden Mann“ (Alten), Untere Königstraße 34. Unterführung für Durchreisende wird Freitags von 2 bis 8 Uhr nur in Nürnberg ausgebaut.

Sterbetafel.

Nürnberg. Kuni Sieber, 39 Jahre alt, gestorben am 25. November 1913.

Ehre ihrem Andenken!

Johnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstattung über Johnbewegungen werden erklärt, da alle Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeitnehmer anzugeben.)

Fabrikbranche.

Streik in der Original Ahlers Zwiebackfabrik, Hamburg-Hellbrook. Seit ungefähr drei Viertel Jahren kam es im obigen Betrieb fortwährend zu Differenzen, und zwar trotz allem Bestreben der Organisation, der Firma keine Gelegenheit zu geben, der Arbeiterschaft etwas am Zeuge zu statten. Aber es kam der Friede nicht in Frieden leben, wenn es dem Unternehmer nicht gelang. Die Firma glaubte, daß die älteren Leute allmählich abgeschieden werden müßten. Seit Jahren ist es in diesem Betrieb die Arbeiterschaft gewohnt gewesen, treu zur Organisation zu halten, aber immer wieder mußte die Organisationsleitung eingreifen, weil älteren Arbeitern stets die Entlassung drohte, wenn sie einmal Neueintretende an ihre Stelle gegenüber der Organisation etimierten. Es hielt, sie sollten andere nicht in ihrer „freien Willensbestimmung“ behindern. Damit gab es Differenzen bei dem Versuch der Betriebsleitung, die Arbeitszeit pro Tag um eine halbe Stunde zu verlängern. Die Arbeiterschaft wehrte auch diesen Versuch ab. Es wurde nur im Verlauf der hierbei gepflogenen Verhandlungen eine Einigung dahingehend erzielt, daß Anfang November ein Tarif mit der Firma besprochen werden sollte. Auf einmal, nachdem die Organisationsleitung einen Tarifvorschlag eingerichtet hatte, lehnte die Firma wieder ab, zu verhandeln. Ein vertröstete bis nach Weihnachten. Was dann folgen sollte, kann jeder an der Tatsache erkennen, daß ein dort neu besetzter Posten mit 10 pro Woche weniger dotiert wurde als vorher. Die Organisation rückte nun mehr an die Firma, daß Etwa, die Frage bald und endgültig zu entscheiden. Wir erhielten dann nachstehendes Schreiben:

Auf Ihr Schreiben von heute früh (18. November) erwiedern wir Ihnen, daß wir, da wir selbst noch keine Entschluß gefaßt, es ablehnen müssen, momentan mit Ihnen zu verhandeln, im übrigen möchten wir weitere Korrespondenzen in dieser Sache nicht führen.

Eine nochmalige Anfrage am Montag, 25. November blieb unbeantwortet. Es blieb der Arbeiterschaft also nichts mehr übrig, als den letzten Schritt zu tun. Aber da sah sich die Firma mit einem Maile veranlaßt, in nachstehendem Schreiben eine Art von Entschuldigung loszulassen:

Ihr gestriges Schreiben bestätigen wir und bedenken dazu, daß uns die Stellungnahme unserer Angestellten doch ziemlich überrascht hat. Wir haben jedoch Ursache, anzunehmen, daß es derselbe wohl gar nicht zum Bewußtsein gekommen sei, was unmöglich es ist, über Forderungen von solcher Tragweite in so kurzer Zeit schlüssig zu werden.

Die immer größer werdende Belastung der Industrie im allgemeinen, ganz besonders aber die prekäre Lage der Kleinindustrie, zu der wir uns leider auch zählen müssen, lassen gegenwärtig keine weitere Schöpfung der Untothen und daher auch weitere Zugeständnisse nicht zu, es ist denn, daß Sie in der Lage wären, uns auf Geschäftsprofilen hinzuweisen, die als genügendes Äquivalent hierfür angesehen werden können; in diesem Falle wollen wir die von Ihnen an uns gestellten Annahmen in Erwägung ziehen.

In unserem Betrieb, und andern Betrieben wird es nicht anders ergeben, und die Unzufriedenheit und der Widerstand zur Unterhaltung des Betriebes durch den Einfluß der allgemeinen Teuerung ganz erheblich gewachsen, ohne daß es auch nur in einem Punkte möglich war, uns hierfür irgendwas zu holen. Im Gegenteil, der Konkurrenzkomplex in unserer Branche, hauptsächlich durch Einfuhrkommen mehrerer neuer Geschäftsbüros, derartig heftig geworden, daß wir uns

gezogenen gesehen haben, durchweg die Preise unserer Artikel um 5% zu erniedrigen. Die von uns gesammelten Erfahrungen bestätigen uns darum, heute zu behaupten, daß unsere ganze Industrie schon seit langer Zeit an Unrentabilität leidet, was wir Sie doch sehr zu berücksichtigen bitten.

Wir haben nach wie vor die Absicht, eine Revision unseres Arbeits- respektive Lohnariffs in den nächsten Wochen vorzunehmen, und sind auch geneigt, dieses unter Hinzuziehung einer Kommission unserer Arbeiter zu tun, können uns jedoch nicht verslehen, mit Ihnen einen solchen Vertrag zu tätigen, derselbe würde nur uns Verpflichtungen aufbürden. Sie würden uns keine Garantie geben können, daß von unseren Angestellten die mit uns eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen respektiert würden.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß unsere Firma bisher diejenige gewesen ist, die den Angestellten Ihrer Branche nachweislich die besten Arbeitsbedingungen geboten hat.

Hochachtungsvoll
Original Ahlerts Zwiebackfabrik.
ges. H. Schmidt.

Am 25. dieses Monats traten also die Bäcker, elf Arbeitnehmer und drei Hilfsarbeiter in den Streik. Über den weiteren Verlauf werden wir in der nächsten Nummer berichten.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorstehenden gegenzeichnet sein.)

Bäder.

Berlin. Das gelbe Marienhaus ist in Berlin völlig zusammengebrochen. Das heißt am schlagendsten die Wahl des Gesellenausschusses der Bäderinnung von Lichtenberg. Noch vor vier Jahren war es möglich, den Gesellenausschuß dort in die Hände der Gelben zu bringen, allerdings nur dadurch, weil unsere Kollegen keinen Wert auf diesen Gesellenausschuß legten. Zwei Jahre später, als unsere Kollegen erstaunlich der gelben Gesellschaft zu Leibe rückte, kam sie schon neben unsrer Kollegen kaum noch in Frage, und bei der letzten Wahl am 27. November zog sie es vor, der Wahl völlig fernzubleiben, so daß unsre Liste mit 81 Stimmen einstimmig gewählt wurde.

Am derselben Tage fand auch die Wahl zum Gesellenausschuß der Bäderinnung für Schöneberg statt, an der wir uns noch nicht beteiligt haben. Möglicher, daß die Gelben ihre Freiheit voll Mitglieder aus Groß-Berlin in Schöneberg zusammengezogen hatten, weil sie fürchteten, daß man sie dort auch hinwegfegen, sobald wir dazu einmal ernsthafte Anstrengungen machen würden, und daß sie deshalb Lichtenberg, das sowieso für sie völlig ausichtslos war, verlassen, um später den Großmütigen zu spielen. Was bei der Großmäßigkeit dieser Sippe niemand wundert würde.

Der will diese Gesellschaft wieder dieselbe hinterhältige Taktik befolgen, wie bis zum Frühjahr, wo ihre Stimmen von Wahl zu Wahl heruntergingen, um dann bei der Gesellenausschuswahl der Bäderinnung zu Berlin mit einem Male einzutreten? Möglicher, daß die Gelben so wahnsinnig sind, zu hoffen, daß sie uns einmal damit übertumpeln könnten. Gönnen wir ihnen diese Hoffnung! Es wäre freilich in einer Beziehung jämmerliche, wenn diese Gesellschaft so ganz aussterben würde — sie hat uns hier doch so manche heitere Abwechselung und so manche gute Gelegenheit der Agitation verschafft, so daß unsere Erfolge der letzten Zeit zu einem Teile auf das Konto der kleinen Scudé zu setzen sind. Es wäre also wirklich jämmerliche, wenn die Immungen jetzt ihre Rückende Wand völlig von den Gelben ziehen würden. Der soll die „gelbe Sturmkolonne“ als Innungsschutztruppe jetzt andere Aufgaben zugewiesen bekommen?

II. A. W. G.

Breslau: (Essentielle Versammlung.) An die Reihen der Breslauer Bäckergesellen ist wieder einmal ein bisschen Bewegung gekommen, und zwar weil in letzten Tagen die Gesellenausschuswahl stattfindet. Am 25. November fand eine vom Verband einberufene Versammlung in den „Münzenhäusern“ statt, welche von weit über 200 Kollegen besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Die Not der Arbeitslosen in unserem Berufe und die einseitige Verordnung des Innungsbewillnisses.“ Zu dem zweiten: Die Not der Arbeitslosen, hatte Stadtverordneter Genosse Neukirch das Referat übernommen. Redner bildete auf Grund einwandfreier statistischer Erhebungen die ungeheure Arbeitslosigkeit, wie sie momentan hier in Breslau auch in unserem Berufe auf den Plan tritt. Seine Erklärungen klangen darauf aus, daß es unzulässig eines jeden Arbeiters sein muß, sich einer Organisation anzuschließen, die auch wirklich die Interessen unserer Berufskollegen vertritt. Zum zweiten Punkt: Die zwecklose Handhabung der Innungsbewillnisse, referierte Kollege Poße. Er kritisierte scharf die einseitige Verordnung dieses Innungsinstituts und war dabei die Frage auf: „Wer trägt die Schuld an diesen Zuständen?“ In seiner Ansicht habe der Gesellenausschuss die stärkste Pflicht, in seinem Gebiete die Interessen der Gesellen zu vertreten und alles dorthin zu bringen, die wirksamen Regestände zur Durchsetzung zu bringen. Leider sei der rechte Gesellenausschuss alles andere als eine unparteiische Gesellenvertretung. Nur solche Kollegen haben Aussicht, bald Arbeit zu bekommen, die entweder persönliche Freunde dieser Fachgesellenvertretet sind oder dem Sprechmeister von vor-

her ein als meistertreu bekannt sind. Das müsse bald anders werden, wenn wir nicht Zustände in Breslau erleben wollen, die die Bäckergesellen noch weit unter die Gefindeordnung stellen. In seinem Schlusswort forderte Redner noch einmal alle Kollegen auf, am 2. Dezember bei der Gesellenausschuswahl diesen Herren die richtige Quittung auszustellen und Kollegen in den Ausschuß zu wählen, die das Herz auf dem richtigen Fleck haben und das Interesse sämtlicher Kollegen vertreten. In der Diskussion gaben verschiedene Kollegen noch einige draufschreiche Erlebnisse zum besten und forderten auf, die Ausführungen der Referenten zu beherzigen und Mann für Mann am Tage der Wahl ihre Pflicht zu erfüllen.

Colmar i. E. Wir melbten vor einiger Zeit, daß unserer örtlichen Verwaltung verschiedene Schweinerestaurants im Betriebe der Brotfabrik Gottlieb vorgekommen seien, bekannt geworden waren und daß der Vorsitzende der Bahlstelle sich bemüht habe, festzustellen, wie die Vorgänge sich abspielten. Es hatte zu diesem Zwecke Anzeige bei der Behörde erstattet und als Zeugen auch den Lehrling des Betriebes angegeben. Dieser Lehrling war dann von dem Geschäftsführer ins Gesicht geschlagen und entlassen worden. Wir hofften natürlich, daß die Polizeibehörde, der die Einzelheiten ausführlich angezeigt worden waren, energisch der Sache auf den Grund gehen werde und die Verlängerung der Schweinerestaurants — die Gesellen sollten den zum Brotstreichen dienenden Eltern auch als Unterkunft benutzt haben — eventuell der Gerichtsbarkeit überantworten werde. Der Polizei kamen ja die ersten grundlegenden Ermittlungen zu. Aber merkwürdigerweise sind nun schon wieder zwei Monate ins Land gegangen und die Polizeibehörde hat dem Erstatter der Anzeige noch nicht einmal Mitteilung darüber zugehen lassen, ob seine Angaben sich bestätigt haben. Auch wenn letzteres nicht der Fall wäre, müßte doch dem Angezeigten eine Rüteilung zugehen. Wir sind aber überzeugt, daß die gemachten Angaben richtig waren und erwarten deshalb noch bestimmt, daß das Verfahren gegen die Schuldigen weiter geht! Auch der Staatsanwalt nimmt eine merkwürdige Stellung in der Sache ein. Für den Lehrling war wegen der ersittenen Mißhandlung Strafantrag eingereicht worden, aber die Staatsanwaltschaft fand, daß kein öffentliches Interesse vorliege und verwies den Antragsteller auf den Weg der Privatklage. — Man sieht also, daß Polizei und Staatsanwalt in gleichem Maße eifrig dabei sind, in der Angelegenheit des Brotfabrikanten Gottlieb — nichts zu tun!

Freiburg i. B. Prügelnde Bädermeister. Unsere Organisation ließ durch ihre Mitglieder am 21. November Einladungen verteilen. Nur haben es ja die Bädermeister nicht gern, wenn jemand zu ihren Gehilfen kommt, und wenn gar noch jemand vom Verbande sich erfreut, den Gesellen eine Einladung zu irgendeiner Versammlung oder sonstigen Veranstaltung zu bringen, dann wehe, wenn sie ihn erwischen. Der Sklavenhalter-Bädermeister ist ja „Herr im Hause“. Er hat nicht nur die Arbeitskraft des Gesellen gemietet, sondern auch seine ganze Person, er überwacht sehr füllig und streng, seinen Verkehr, seinen Ein- und Ausgang, kurz alles!

Bei erwähnter Einladungsverteilung kam ein Kollege zum Bädermeister Schöperle, Günterstraße. Als er auf die Bäderstube zuschritt, trat ihm der Gewaltige der Bäderrei entgegen und unser Kollege zog höflich grüßend seinen Hut und bat um die Erlaubnis, seine Einladung abgeben zu dürfen.

Doch da kam er recht an. „Was wollen Sie?“ schrie der Bädermeister, „machen Sie, daß Sie hinauskommen, Sie sind überhaupt ein ganz frecher Lausbube!“

Der erschrockene Kollege wollte auch sofort wieder lehrtmachen. Aber dazu kam er nicht; denn ja ein Bädermeister kann noch mehr als brüllen und befehligen — er hat auch noch ein paar kräftige Fäuste.

Klauschend führte diese dem Kollegen ins Gesicht, als sich der zur Wehr sehen wollte, rief der Meister auch noch seinen Gehilfen zu Hilfe, und gemeinsam wurde nun der verhaschte Verbündet zu Boden geschlagen. Der Bädermeister schwang sich obenauf und ließ seine Fäuste hartnäckig auf den Sünden niedersausen. Es ist als ihm angerufen wurde, er sollte sich schämen, ließ er von seinem Opfer, das blutüberströmmt dalag, ab. Selbstverständlich wurde sofort Strafantrag gestellt, und wollen wir den weiteren Verlauf der Angelegenheit abwarten. Nur eins! Sollte Herr Schöperle organisierte Arbeiterschaft haben, so wird diese den Herren jetzt zu bewerten wissen, denn daß eine stehlt fest, cohet als er hat noch kein Meister so leicht einen Bäcker gesellen behandelt.

Ein anderer prügeler Bädermeister ist der Herr König in der Haslacherstraße. Er ließ sich von der Arbeitsvermittlung einen Gehilfen zuweisen. Als sich dieser mittags meldete, wurde ihm gesagt: „Gut, Sie können heute eben 6 Uhr anfangen.“ Als der Gehilfe abends 6 Uhr kam, teilte ihm König mit, daß es ihm leid tue, er habe einen andern eingestellt. Der Gehilfe verlangte nun eine Entschädigung; diese wurde ihm aber verweigert. Da er mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut ist, erwiderte er sich, was er in einem solchen Falle zu tun habe. Nach erhaltenem Auskunft ging er am anderen Tage wieder zu Herrn König, um seine Arbeitskleider zu holen und nochmals eine Entschädigung zu verlangen. Da kam er aber schon an. Mit einem Prügel schlug der Bädermeister den sein Recht fördernden Gehilfen zum Hause hinaus. Der Gehilfe wird sein Recht nun gerichtlich suchen.

Es mehrten sich in letzter Zeit überhaupt die Angeichen, daß die Freiburger Bädermeister alles ausbieten, um den verhaschten Verbündet niederzutun. Wir werden uns also gelegentlich einige der Seiten näher ansehen müssen. Es ist aber natürlich auch Aufgabe speziell der freiorganisierten Arbeiterschaft im allgemeinen, solchen Bädermeistern, die den Gehilfen das Koalitionsrecht rauben wollen und die die Verbandsmitglieder maßregeln oder sich in anderer Weise röh und brutal gegen organisierte Arbeiter benehmen, den Standpunkt klarzumachen und sie mit ihren Erzeugnissen eventuell allein zu lassen. Unsere Aufgabe wird es nach wie vor sein, für die Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen. Wobei die organisierte Arbeiterschaft und in diesem Kampfe die notwendige Unterstützung nicht verlägen.

Fürth i. B. Hier fand am 27. November eine vom meistertreuen Gehilfenausschuß einberufene Versammlung statt. Schon bei Beginn der Versammlung machte sich bemerkbar, daß ihm jede gewerkschaftliche Schulung fehlt. Genau wie unsere Bädermeister, die es wahrscheinlich den Mitgliedern des Ausschusses eingepaukt haben, wollten sie die Versammlung führen. Es wurden drei Resolutionen auf den Tisch gelegt, an dem der Gehilfenausschuß saß und bekanntgegeben, daß sie da sind, wer in sie Einsicht nehmen wolle, möchte sich an den Tisch bemühen. Als unsere Kollegen gegen eine solche Art der Geschäftsführung protestierten, wurde gesagt, daß das der Gehilfenausschuß mache, wie er wolle, und auch die Resolutionen müßten angenommen werden, wie sie vorgelegt seien. Es als unsere Kollegen den Ausschuß bedeuten, daß sie nicht wegen ihm da sind, sondern der Ausschuß für sie, kam endlich Schwung in die Geschichte. Der Ausschuß mußte seine Resolutionen fallen lassen und es wurde die von uns vorgebrachte Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Resolution geht an den Stadtmagistrat und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bädergehilfen von Fürth und in dessen Umfang der Gehilfenausschuß der Bäderinnung Fürth erachtet es als ihre Pflicht, einen lokalen Magistrat erneut zu ersuchen, der Einführung des achten Schuljahrs für die Bäderlehrlinge einzutreten zu wollen. Die Ansrede des Herren Bädermeister, daß sie dann keine Lehrlinge mehr befehlten würden, durfte in Abtracht, daß die Lehrlingshaltung (108 Lehrlinge gegen 110 Gehilfen) eine ungeheure ist, zur Nachgiebigkeit in dieser Frage keine Veranlassung geben. Wir weisen insbesondere auf die Beschlüsse des Internationalen Arbeiterskongresses hin, worunter das Verbot der Nacharbeit für Jugendliche unter 16 Jahren verlangt wird. Die Betreter halten ferner die Nachgiebigkeit in bezug der Festlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf die Vormittagsstunden für eine behördliche Sanktion der unmenschlichen Kinderausbeutung. Sie appellieren an das soziale Gewissen aller Jugendfreunde, indem sie bedenken sollen, ob es menschlich gerecht ist, daß man die Lehrlinge nach zwölftägiger Arbeitszeit noch zwingt, drei Stunden dem Schulunterricht aufzumachen zu folgen. Solche Leistungen dürften von erwachsenen Menschen kaum verlangt werden können, viel weniger von Kindern im Alter von 12 bis 16 Jahren. Wir bitten also im Auftrage der Gehilfenschaft um Beachtung dieser Forderung und Benachrichtigung über die Verhöldnung hierüber.“

Eine weitere Resolution, die sich an die Meisterinnung wendet, damit diese bei Bedarf von Gehilfen, den Arbeitsnachweis fleißig benützt, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Unsere Kollegen beantragten, daß sofort nach Neujahr eine weitere Versammlung stattfinden soll, in der die Lohnverhältnisse der Gehilfen besprochen werden sollen. Die Fürther Kollegen haben aus dieser Versammlung wiedererkannt, daß nur einzige und allein die Organisation es ist, die Positives leistet, deshalb Kollegen, stützt den Verband! Nur dann ist es möglich, diese Wünsche in Erfüllung geben zu lassen. Zur nächsten Versammlung muß der letzte Mann erscheinen.

Halle a. S. Am 27. November fand hier die Wahl zum Gesellenausschuß statt. Erstmal alle Kollegen mundlich und brießlich eingeladen waren, hatte es doch ein Teil Kollegen fertig gebracht, von der Wahl fernzubleiben, so daß nur 14 Kandidaten mit vier Stimmen unterlegen sind. Wir würden uns mit der Tatfrage abfinden, wenn keine wahlberechtigte Verbandskollegen mehr vorhanden wären, aber da dies nicht der Fall ist, so ist es besonders zu verurteilen, daß es Kollegen fertig gebracht haben, aus purer Gleichgültigkeit der Wahl fernzubleiben. Vor allen Dingen muß man sich darüber wundern, daß unter den Gleichgültigen Kollegen sind, die nie genug über die miserablen Verhältnisse in unserm Gewerbe zeigten können. Andere denken wieder, sie haben es nicht mehr nötig, weil sie heute in besser bezahlten Stellen sind. Sie sind aber mit davon schuld, wenn in Halle die schlechten Verhältnisse weiter bestehen bleiben, während die Kollegen in andern Großstädten bestrebt sind, bessere Verhältnisse zu schaffen. Leider haben auch diejenigen, welche ihre Pflicht getan haben, mit darunter zu leiden. Es wird deren Aufgabe sein, die Stimmen an ihre Pflichten zu erinnern und wir richten den Appell an sie, sich durch den Ausfall der Wahl nicht entmutigen zu lassen, sondern weiter eifrig mitzuarbeiten, bis der letzte Mann im Verband ist und aus Überzeugung der Organisation treu bleibt.

Soweit der uns eingesandte Bericht. Wir können nicht schwer genug das gleichgültige Verhalten eines Teiles der Mitglieder in Halle verurteilen. Da braucht sich keiner zu wundern, wenn es niemals besser wird! Oder glauben die Ballschwinger, die meistertreuen Meisterinnen werden so viel Nutzen befreien, um Geselleninteressen zu vertreten? Da können sie warten bis auf den St. Klemensinstag. Hoffentlich wird die Bahlstelle die gleichgültigen Mitglieder, die den Meisterinnen durch ihr Fernbleiben von der Wahl die Mandate sicherten, noch zur Rechenschaft ziehen.

Leipzig. Wahl zur Innungskräftekasse. Am 27. November fand die Wahl zur Innungskräftekasse statt. Zu wählen waren 15 Vertreter und 30 Stellvertreter. Die Vergnügungsvereine mit dem gelben Bundesverein im Gesellschaft, wodurch die richtige Färbung erzielt wurde, hatten mit Hilfe der Innung, die die ganze Arbeit für diesen meistertreuen Reichsmach besorgte, zusammen eine Liste aufgestellt. Die Vertreter der Gelben wurden aber auf der Liste an letzter Stelle platziert. Man brauchte ihre Stimmen und war sich bewußt, die Gelben sind mit allem zufrieden. Da auch der Verband eine Liste aufgestellt hatte, so gestaltete sich der Kampf ziemlich schärf. Während wir unser Standpunkt in aller Offenheit vorlegten, wurde von dem meistertreuen Reichsmach verdeckt gearbeitet, ein von ihnen herausgegebenes Flugblatt, was natürlich erst in letzter Minute erschien, bezeichnete die Liste des Verbandes als eine Liste von herbeigelaufenen Arbeitern. In der Wahl selbst beteiligten sich 361 Wahlberechtigte. Daraus erhielt die Liste 1 (Gelbe) 166 Stimmen, die Liste 2 (Verband) 183 Stimmen, 12 Stimmen waren ungültig. Somit bekommt wir 8 Vertreter und

Die Gegner müssen mit 7 Vertretern im Ausschuss vorlieb nehmen. Mit diesem Resultat können die Leipziger Brot- und Konditorkollegen zunächst zufrieden sein; sie mögen aber daraus lernen, daß es nun heißt, mit aller Kraft weiter zu arbeiten!

Überarbeitet. Am 23. November fand bei Müller, Lohstraße, eine konstituierte Sitzung der Bäder und der Konditorei der Firma Wissmeyer in Osnaürd statt. Die Beisprechung war von den Verbänden der Transportarbeiter und der Bäder und Konditoren einberufen worden, um den Ausbau der Organisation zu fördern. Leider waren die Unorganisierten beider Berufe sehr schwach vertreten. Die Debatte ergab jedoch sehr drastisch, wonach die Ursachen dieser schweren Gleichgültigkeit zu suchen sind. Besonders sei, daß bei einer früheren Gelegenheit die Firma schriftlich erklärt hatte, daß sie nichts dagegen habe, wenn ihre Gehilfen und Arbeiter sich organisieren! Hier zeigt es sich wieder einmal, daß die Firma aus mobilierten Gründen nichts gegen das Kooperationsrecht der Arbeiter einzubringen wagt, daß aber ein paar jener überall jahrlang besamten Biedermann durch Feindseligkeit und Verunmuthen oder auch durch hämische Schlechtmacher der Organisation die Arbeiter von ihrer Interessenvertretung abhalten. In obigen Betrieben legt man die allergrößte Furcht vor Organisations von den beiden Bädergehilfen hinrichs und Haufe, die dort die erste Stelle spielen. Man betonte auch, daß einer der Herren Führer erlaubt habe, wer von den Arbeitern einzutreden wäre oder gar organisatorische Versuche zur Sicherstellung seiner Lage mache, nur zuhing zu ziehen könne, für welche Leute wäre sein Platz in der Firma. So geht's also bei der Firma, die den Arbeitern das Kooperationsrecht allgemein gewährt hat. Mögen also die Räumungen der Firma, die zumeist aus Arbeitern bestehen — es gehört sogar der "Arbeiterbeschafferei Bramsche" zu den sehr guten Abschläfern — einmal ein besonderes Augenmerk auf die erheblichsten Tendenzen ihres Lieferanten richten. Das Geld der organisierten Arbeiterschaft nimmt die Betriebsleitung wohl bergisch gen, die Rechte der eigenen Arbeitnehmer weicht man jedoch um so leichter. Die meisten Bäder werden monatlich entlohn und verdienen je Anfang etwa A 30, steigend bis circa A 110 bis A 120. Für diesen Raum werden momentan jedoch Erholungsstunden zu zehn Stunden geleistet. Ferien und sonstige weiteren Vergünstigungen sind unbekannt.

Die Bäckerei werden nicht rufen und rufen, bis die Gleichgültigkeit und Furcht der Beschäftigten gebannt seien wird, um gemeinsame angemessene, auf sozialer Grundlage basierte Sozial- und Arbeitsbedingungen auch in diesem Betriebe zu etablieren. In dem Maße, wie die eigenen Betriebsarbeiter den Sinn des Zusammenschlusses erkennen und dies als gemeinschaft an ihrem eigenen Sozial und Sozialem Interesse wird es auch gelingen, ihnen entsprechende Mittel bei der Erfüllung des nötigen Verständnis zu erzielen. Mögen die Überbrüder organisierten Kollegen mit allem Elter und innerstaublich daran arbeiten, dass die Kollegen ihrer Bäckerei in deren eigenen und im kollegialen Gemeinschaftsgeiste für den Betrieb zu gewinnen.

Würzburg. Der örtliche Kläger vom Niederfeld. Die Kollegen waren nach noch einmal das Vergangen, den gemeinsamen sozial und sozialen Streben bei Sozialarbeiter und Sozial, Herrn Christian Schmitz, Präsident der christlichen Gewerkschaften, lassen zu hören. Er sage es selbst, auch hier obwohl er häufig öffentlich, öffentlich auftritt. Er sprach über die von seinem Verbanden von der Regierung geforderte Zusammenarbeit. Dass die Arbeitgeber sie zum Erinnerungseintrag auf die Erfüllung ihrer Forderungen machen kannen, wurde ziemlich verblüfft. Dass sie bei solchen Erfüllungen den höchsten Nutzen erzielen, so nehmen sie ihn am Stück und entgegen.

Die Diskussion wird Schmitz jedoch nicht vergegen. Es wurde ihm vorgezeichnet, dass das die Arbeitnehmer in wichtigen Jahren aus der sozialpolitischen Sorge der heutigen Geschäftswelt zu entfernen finanziellen. Alle Vorausgesetztes und zur Sicherung des Status des freien Betriebes zu jenen. Das jetzt vorliegende mit der Anfrage die Lohn- und Arbeitsbedingungen vorläufig geregelt sind, muss reagiert werden, das ist im laufenden Geschehen und die ehemaligen organisierten Gehilfen sich zusein im gegenseitigen um die Entwicklung des sozialen Fortschritts. Von solchen Zeiten, die keinem der Arbeitgeber stehen und zu lange sind, wäre zumindest diese zu verlangen, kann man auch weitere Erfolge der Mängelentfernung erwarten.

Die einzelnen Kollegen, welche betrachtet sind, die Befreiung der Schiedsgerichtung für die Mängelentfernung werden es nicht von sich weichen, einer Beurteilung der den Betrieb und Arbeitnehmern auf diese Weise erzielten hat. Gegenüber den Kollegen, gibt das Befreiung der Schiedsgerichtung nicht aus dem Frage!

Zeitz. Der Bäckermeisterin "Brotkunst" batte am 20. November das Bedürfnis, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Er holte einen Gehilfen als Schreier und Redner heran, der über Arbeit und Sozial des Betriebes — bzw. der Betrieb — eine sozialistische Ansicht und gegen die Arbeit der Bäckerei vertraten hatte. Die Bäcker und der Betrieb waren ebenfalls zu der Versammlung eingeladen. Eine solche Ansicht ist aber zwecklos gehalten. Der zuständige Brot und Bäckerei besteht der elter, abgelehntes gelten. Solch geschieht mit einer großen Menge Bäckerei und Bäckereien gegen solche Angesicht, ganz furchtlos. Den Bäckermeisterin war es natürlich ein Leidet, die Kollegen 2-jährige bei gelben Bäckereien zu vertragen und das Gegenstück, dass dem Geschäft geblieben. Das eine Seite drohte der Versammlung für die Städteverordnung, es werden hinzugeben, denn funktionieren noch nicht vollständig mit Weißbrot verfeindet zu werden, weil sie bei den Gehilfen vertragen eine Regelung über sozialen sozialen Begriffen zu vertragen. Wenn sie endlich an den Seiten der Bäckerei zurück zu werden, kann zwischen den Brot und Bäckerei, der in die gesetzliche Organisation führt. Das den Bäckereien, die aus den Gehilfen gegen den Bäckermeister eingesetzt

werden, können sie sich nicht satt essen. Auf die Dauer werden auch diese Bäckerei und Verleumdungen schadlos. Wir wollen abwarten, ob die Kollegen aus der gelben Bäckerei Leute ziehen.

Aus Unternehmertümern.

Bäckerei.

Das Lindener Bäckereamt (Brotgewinnung) beschreibt in seiner letzten Generalversammlung die Einführung einer kommunalen Filialsteuer, die im Interesse des Bäckergewerbes notwendig sei, da die sich immer mehr ausbreitenden Filialen der Brotaufzüge eine große Gefahr für das Bäckergewerbe bedeuten. Dem Vorstande wurde anheimgegeben, in dieser Angelegenheit eine Einigung an die städtischen Kollegen zu richten.

Unser Brotblatt in Hannover, der "Brotwille", macht zu diesen Vorgehen folgende treffenden Ausführungen:

"In bezug auf die Filialen der verschiedenen Brotaufzüge trifft das ein, was wir den Bäckermeistern schon seit Jahren vorwurfen haben und was bei einer Abnahme von der wirtschaftlichen Entwicklung sie selbst hätten einsehen müssen. Aber da haben sie sich von geschwätzigen Dummkopfen oder abgezweigten Demagogogen die Kopie verleiten lassen mit der dummen Angst vor Sozialdemokratie, Konsumvereinen und Mietshäusern und haben ihre Zeit auf Immungitäten und sonstigen Zusammenkünften damit vertrocknet. Revolutionen dagegen anzunehmen, in der gehobenen Bierstimmung, damit das Landwerk und Vaterland gerettet zu haben. Wahl für Wahl gingen sie dann zugleich hin und retteten den Mittelfeld", indem sie Vertreter der Junker und Kapitalisten wählten, die durch ihre Geschäftsmacherei in den Parlamenten den Mittelstand wirtschaftlich belasteten, ausplünderten und ruinieren. Wir haben ungähnliche Rolle vor diesem Anzug geweckt, der den Bäckermeister abziehe von der züchternen Wissenskraft der wirtschaftlichen Entwicklung, haben darauf hingewiesen, daß während sie den demagogischen Schwämmen und Verführern nachliefen, der Großbetrieb auch im Bäckergewerbe sich anschlägt, den Kleinbetrieb zu verdrängen, und daß das Bäckergewerbe gut ist, darauf zu achten und sich zur rechten Zeit auf diese Entwicklung einzurichten, sich ihr anzupassen, statt auf die Demagogogen in den eigenen Reihen zu hören, von denen man bestimmt annehmen könnte, sie seien vom Großkapital oder von den politischen Ausbeutern gekauft, um die Kollegen irrezuführen, damit jene ungehört ihnen den wirtschaftlichen Boden unter den Zehen fortziehen können. Schritt für Schritt hat auch im Bäckergewerbe so der Großbetrieb begonnen, ungestört seine Reize zu ziehen, und heute beginnt es auch bei den Bäckern zu bauen, daß während sie innerlich ihre Lungen schwärzen gegen einen davon von ihnen demagogischen Verführern vorgezeichneten Papeng, der wahre Feind des Kleingewerbes, sich schon in ihren Bürigen zeigte hat, und nun soll wieder das alte Mittel helfen, mit dem politischer Schwätzchen alle Schaden einer rücksichtigen Wirtschaftsordnung zu verhindern, das heißt die Entwicklung aufzuhalten, nicht nämlich Inflation und Erdbebenzittern. Man will die bessere Entwicklung des Großbetriebes mit einer Filialsteuer bekämpfen; als wenn das dadurch genüge und als wenn es nicht immer Mittel und Wege gebe, den Bäckern solcher Steuer zu entgehen. Hat man es vieler verkannt, der Entwicklung die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken, so greift man jetzt zu dem hämischen Mittel, ne zu bekämpfen, wie denn überhaupt die Bekämpfung das offenkundigste ist. Die Großbetriebeschließung ist infolge der temporären Strömungen doch nur einmal unzureichend und auch als das wirtschaftlich Richtigste zu untersagen. Das zu Bekämpfende ist die Inflations, die das Kapital damit gegenüber dem Solle betreibt. Sollt auch wirtschaftlich reaktionäre Fabrikbesitzer zu schaffen, soll das Gewerbe sich den Verzerrungen des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts anpassen. Der Großbetrieb hat ja nur einmal überlebt, ist überholt und hat kein Recht auf künftige Existenz."

Konditorei.

Die Jungpünktler der Süßwarenfabrik sind den Süßwaren in der Schiedsgerichtsbarkeit weit über. Ein Dekret zur Strafverordnung der Süßwarenfabrik in Nürnberg vom 3. Sept. 1734 verordnet am 1735 laut: "Soll ein Süßwarenfabrik nicht zwey Jungen gleich in der Zahl haben. Und wenn einer einen Jungen 6 Jahre gelehrte, nach der Ausbildung 3 Jahre Süßwaren halten. Jünglicher ein angehender Süßwarenfabrik nicht ehebar als nach Verfließung von sechs Jahren eines Jungen angesehen seufzt sein."

Zu der einzigen Schiedsgerichtsbarkeit außerhalb bestehenden, welche die jüngste der Süßwaren noch überwollen durfte, war eine besondere Verordnung einmal sehr notwendig. Doch dafür haben die Jungpünktler kein Verbot, während, während den Alten keine Verordnung noch nicht entsprechend genau festsetzen eine Bekämpfung bestimmt. Zum 1. April 1734, also 60 Jahre später, ließen sie diese Verordnung noch verstreichen wie folgt:

"Soll ein Süßwarenfabrik aus seiner erlangten Offizien zu, unter 6 Jahren (älter 3 Jahre), einen Schreiber annehmen, er solle gleich Schreiber aber nie unter 6 bis 7 Jahren mit aufzuführen und dazu bei dem Schreiber zu seiner Zeit sachlich vor und aufzuschreiben zu lassen, auch nur der Zeit halber Nachprüfung 6 Jahre (älter 3 Jahre) Schreiber zu halten. Wer aber nicht auf vorgeschriebene Zeit keinen möchte, der sollte der Süßwarenfabrik keine Süßwaren gewähren und Offizien verfügt sein."

Wer das Schiedsgericht der damaligen Süßwarenfabrik und kommt seinen vertraglichen alten Alten keine gezeigt hat, wird das Befürchten, jede weitere Überprüfung bestimmt, beginnlich finden. Doch gelang, es konnte ein Reichter der damaligen Zeit in 10 Jahren nur einen, jenseits und schreibe einen Schiedsgerichtsvertrag. Und unsere Jungpünktler nach eigener Verordnung auf die beständigen Verhältnisse

übertragen? In 18 Jahren, je nach den geltenden Bestimmungen der örtlichen Handwerkskammern 12 bis 15, ja 18 Lehrlinge! Aber es gibt im Konditorgewerbe keine Lehrlingszuchtrei, beileibe nicht! Unser bayerischer Oberzunftsgeneral in Würzburg, bei welchem es trotz seiner Lehrlingszuchtrei, der bestreitet es und dabei bleibt. Über den Konditorbachstaben der Neuzeit und den Konditorgehlsfenslimbvereinen christlich-nationaler und vanillecreme-gelber Oberzunft, sieht man den Kindergarten schon vorweilen an. Aber A 300 bis A 500 Lehrgeld pro herausbildenden Nebenkünster sind eben kein Dreck; auf alle Fälle kommt es billiger als das Halten eines Gehilfen. Wenn die Herrschaften so gern fürsamtlich über ihre großen Opfer und Pflichten und Schäden, welche sie sich mit der Lehrlingszuchtrei aufzulegen, lamentieren, warum stellen sie denn nicht die Lehrlingszuchtrei um einige Löcher zurück? Ein vernünftiger Mensch treibt doch nichts, was ihm sinnvolle Nachteile bringt! Aber hier sieht man wieder, wie uneigennützig die Herren sind! Unser Jahrbuch von 1912 berichtet von einer Gehilfenzahl von 3214 in reinen Konditoren, dem stehen 1848 Lehrlinge, das heißt 57,4 prozent gegenüber. Das sind aber nur die bekannt gewordenen Ziffern; die Lehrlingszahl wäre noch erheblich höher, wenn alle kleinen Orte mit einbezogen würden. Es genügt darüber schon der Nachweis, daß in fünf Jahren mindestens so viel ausliefen, als der ganze Bedarf an Gehilfen beträgt. Was bei den alten Jünglern Sinn hatte, wenn es auch manchmal übertrieben wurde, und wenn man auch zugibt, daß heute der Konsum an Konditorwaren gegen früher ein bedeutend größer ist, daher auch der Bedarf an Arbeitsschafften sich vermehrte — die Lehrlingszuchtrei unserer Jungjünglinge ist Unsinn. Und dennoch: "Hoch lebe die Kunst!" denn sie ist selber ihr Totengräber. Begreifen wollen es die Kunftgewaltigen freilich nicht.

Polizei und Gerichte.

In eigener Sache. Auf Grund eines Artikels in Nummer 5, Jahrgang 1912 unseres Organs, betitelt "Judas Ischariot", war eine Privataffäre Wissmussi contra Weider entstanden, die fürsamt durch folgenden Vergleich zum Abschluß kam:

Der Angeklagte erklärt, daß er in den zur Anklage gestellten Artikeln an die Person des Klägers überhaupt nicht gedacht hat, da ihm unbekannt war, daß dieser der Verfasser der Artikel im "Deutschen Bäcker- und Konditorgehls" war. Die in den Artikeln enthaltenen formalen Behauptungen nimmt Angeklagter zurück und trägt die Kosten des Verfahrens, einschließlich des dem Vertreter des Klägers bewilligten Honorars von A 75. Angeklagter ist verpflichtet, vorliegenden Vergleich binnen einem Monat auf seine Kosten in der "Deutschen Bäcker- und Konditor-Zeitung" einmal zu veröffentlichen.

Kläger nimmt die Klage zurück.

Internationales.

Verschmelzungsbestrebungen zwischen den Bäcker- und Mühlenarbeitern Österreichs sind jetzt soweit gediehen, daß in nächster Zeit direkte Verhandlungen in Aussicht stehen. Von den Mühlenarbeitern werden hierzu folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Zusammenschluß beider Verbände mit allen Passiven und Aktiven.

2. Der Zusammenschluß erfolgt am 1. Januar 1916.

3. Name des Verbandes: Verband der Bäcker, Müller und Konditoren Österreichs.

4. Gemeinsames Fachblatt. Im Fachblatt soll eine Rubrik zur Verfügung stehen, unter der Kritiken und Artikel über berufliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Müller usw. gebracht werden.

5. Zur Grundlage der Verbandstätigkeit wird die Geschäftsordnung sowie das Statut des Verbandes der Bäckerarbeiter genommen; die früheren Unterstützungsätze der Mühlenarbeiter (Arbeitslosen-, Kranken-, Reisen- und Hinterbliebenenunterstützung) einschließlich der siebzehnzig Zuwartszeit bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung finden in der ersten Klasse der Bäckerarbeiter dauernd Geltung.

6. Bis zur vollzogenen Verschmelzung wird ein besonderer Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Bäcker und Müller abgeschlossen.

7. In den Zentralvorstand stellen die Mühlenarbeiter drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied sowie ein Mitglied in die Kontrolle. Ebenso bleibt die Vertretung im Tarifamt wie bisher aufrecht.

Außerdem stellen die Mühlenarbeiter einen besoldeten Beamten in die Verwaltung und für den Fall, daß die Mitgliederzahl derselben auf 2000 steigt, stellen dieselben einen zweiten besoldeten Beamten in die Verwaltung.

8. Die Verbandsvermittlung der Mühlenarbeiter wird in der jetzigen bestehenden Art beibehalten.

9. Die Zentralvorstandssitzungen werden zu solcher Zeit anberaumt, die es den Mitgliedern der Müller ermöglicht, daran teilnehmen zu können.

10. Sollte die Verschmelzung die Werbekraft innerhalb der Mühlenarbeiter konstant herabstellen und ist die Faden die Ursache eines Abfalls der Mühlenarbeiter, dann ist den Mühlenarbeitern das Recht eingeräumt, die selbständige Organisation wieder ins Leben zu rufen.

Dieses Recht würde den Mühlenarbeitern, respektive deren Vertretern, der vertragsgemäßige Teil der überbrachten und erworbenen Vermögens, der Mobilien, Bibliothek usw. ausgefolgt.

Zu dem Gegenseitigkeitsvertrag wird eine Abänderung oder ein Zusatz nicht beantragt.

Sozialpolitisch.

Berücksichtigung des Konfliktes der Ärzte mit den Krankenkassen. Der seit langem von den Ärzten vorbereitete Kampf gegen die Krankenkassen kommt in einer immer größeren Zahl von Orten zum offenen Ausbruch. In Berlin haben die Ärzte kürzlich die Kriegserklärung beklungen und die Krankenkassen haben notgedrungen den Kampf aufzunehmen müssen. Die Parole der Ärzte ist jetzt, feinerlei Krankenkassendekrete mit einzelnen Kassen oder mit Kassenvereinigungen abzuschließen, bis nicht die allgemeine Einigung durch ganz Deutschland zutande gekommen und dies durch die Zentralinstanz der Ärzteorganisation festgestellt ist. Dagegen haben die Kassen das lebhafte Streben, solche Verträge mit einer genügenden Zahl von Ärzten zu erlangen, um am 1. Januar 1914 ihre Kassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe hinreichend versorgen zu können. Da die lokalen Ärzteorganisationen nicht zum Abschluß solcher Verträge bereit sind, schreiben die Kassen die Kassenarztstellen vielfach aus, was wiederum für die Ärzte ein Anlaß ist, über den betreffenden Ort die „Sperrte“ zu verhängen. Auf dem bekannten Verzeichnis des Ärzteverbands „Cavets et legae“ sind jetzt alle Kassenarztstellen im Deutschen Reich gesperrt, weiter alle Kassenärztlichen in Württemberg. Sodann enthält das Verzeichnis noch 224 Orte, nach denen die Ärzte den „Zugang meiden“ sollen. Vor einigen Monaten betrug die Zahl dieser Orte nur etwa 80.

Die drei großen Städte Berlin, Hamburg und Dresden sind bereits zum Vordauern des Ärzteverbandes aus dem Kampfe ausgeschieden. In Hamburg wurde schon im Frühjahr, in Berlin in den letzten Tagen des Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen geschlossen, ein Friede, der den Ärzten wesentliche Vorteile bringt. Die undisputierten Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes blieben dabei allerdings unberücksichtigt. In Dresden bestehen zwischen der Kasse und den festangestellten Ärzten langfristige Verträge. Die Mitglieder des Leipziger Verbandes arbeiten nun mit einer wahren Mut, um die Kassenärztliche zu einer Kündigung der Verträge zu veranlassen, aber ohne durchschlagenden Erfolg.

Von den Orten, in denen der Kampf bereits offen ausgetragen ist, seien besonders hervorgehoben Breslau, Magdeburg, Halle, Braunschweig, Cottbus, Neubrandenburg, Stettin usw. Das Vorgehen der Ärzte richtet sich gegen alle Kassenärztliche. So ist bereits der gesamte Kassenärztlerverband fürs Reich vom Beamtenkampf betroffen worden, und auch die Landkrankenkassen werden nicht verschont.

Die Mittel, welche zuwenden die Ärzte anwenden, würden, wenn von frei organisierten Arbeitern gebraucht, der Staatsentwickeltheit wahrscheinlich schon Grund zum Einschreiten gegeben haben. Obgleich aber die Kassenärztlichen öffentliche Institute sind, lebten die Behörden nicht ein, daß ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. Rechter Hand — linker Hand —, beides vertauscht!

Die Sozialreformer und das Arbeiterechte. In Düsseldorf trat, wie wirs meldeten, die Gesellschaft für soziale Reform unter dem Vorsitz des von den Schriftstellern abgesetzten Handelsministers v. Berlepsch zusammen. Nach einigen Bergungsversuchen eines Dörfchens Geheimrats, der natürlich für das Tempo: „So langsam wie möglich!“ eintrat, und nachdem v. Berlepsch bewußt hatte, daß die Perner Arbeiterschulkonferenz nichts für die Heraufsetzung des Schwatzes der Jugendlichen von 18 auf 19 Jahren getan hätte, was mir dem vielen Gerede der Jugendpflege in so können Einstellung steht, referierte Dr. Einzelmann-Karlsruhe über die Tarifverträge, die Hoffnung die Erhaltung und die „Abdingbarkeit“, daß doch die Rulaffung des Konsultatgebers unter die tarifären Wendepunkte. Bei dem rein theoretischen Charakter der Beratungen dieser Gesellschaft mag es genügen, zu sagen, daß die Vorschläge der Referenten nicht gerade reaktionär waren. Zur Abstimmung wurden sie nicht gebracht, da es sich nur um eine Klärung der Meinungen handelte. Aber es muß doch angenommen werden, daß der Vorsitzende von den Hoch- und Unterschichten Gewerkschaften die Forderungen dieser neutralen Konferenz zu einem würdigen Tarifausgeschreit gegen die freien Gewerkschaften auszuspielen glaubte. Es fiel damit so sehr ab, daß ihm gleich der „Oberbürger“ Goldschmidt mit — knetterndem Entschuldigte. Vorken hatten die Konsuln Leipziger und Kurt Schmidt den Herrn Gleichauf im Vorbeigehen erwidert. Letztere Redner entgegneten dem anbetrag erhabenen Vertrag noch gerechtfertigte Regelung des Tarifvertragsabkommen, daß sich die Arbeit nach den leidenden sozialen Kriterien Erfahrungen mit der „Unparteilichkeit“ dieses Staates gemacht doch lebet auf ihre eigene Kraft zu müssen wünschten. Und da ein Vertreter der Metallindustriellen, Zoepf, Berlin, von Tarifverträgen nichts wissen wollte, fragte ihm Gernot Schmidt unter allgemeiner Zustimmung, daß das Antworten der Arbeitersorganisation in der Metallindustrie nach aller Welt zeigen werde, wie erstaunlich verständig auch einmal die Metallindustriellen noch am Tarifvertrag stehen würden. Drobten doch jetzt die unerwarteten Baunternehmen, die noch vor ein paar Jahren von Tarifverträgen nichts wissen wollten, heute über die Arbeiterausstattung an, wenn Tarifverträge nicht schließen würden!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Deutsche Bank und das Koalitionsrecht. Die Berliner Bankangestellten trugen vor einigen Wochen in einer gut bewirkten Versammlung zur Wahrung ihres Koalitionsrechtes Stellung nehmenden. Den Anlaß zu dieser besonderen Aktion gab die Erklärung eines Ausschusses der Deutschen Bank, der Forderungen seiner Kollegen vor der Direktion ergeboten und um Rücktritt mit der Resignation der Angestellten erforderte. Die Direktion der Deutschen Bank nahm die Bedingung gegenübert und machte großes Zaudern darum. Sie antwortete auf die Forderungen der Angestellten nicht und zögerte auch zu seiner Beiseitung bereit. Der Angestellte, der oft Jahre bei der Bank tätig war, wurde kurzzeitig entlassen.

Nach diesem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank entstand für die Zentralverbände der Gewerkschaften die Frage, ob sie ihre Depositen bei dieser Bank belassen könnten. In der Berliner Börse wurde schon vor längerer Zeit das Gerücht verbreitet, daß unsere Zentralverbände, darunter einige große mit namhaften Kapitalen eingesetzte, ihre Gelder bereits gefündigt hätten. Beauftragte anderer Banken bemühten sich bereits bei den Zentralverbänden, daß die Depositen bei ihnen Banken hinterlegt würden. Auch wurde die Meldung verbreitet, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe. Diese Meldung war zunächst verfälscht.

Der Generalkommission als oberste Instanz der Gewerkschaften erwuchs die Pflicht, als Hüterin des Koalitionsrechtes jeder Arbeiters- und Angestelltengruppe sich auf die Seite der Gewerkschaften zu stellen und hier helfend oder vermittelnd einzutreten. Sie trat deshalb mit der Direktion der Deutschen Bank in Beziehungen, um von dieser die Zusicherung zu erhalten, daß sie das Koalitionsrecht der Angestellten in jeder Form wahre. Diese Verhandlungen schwelen zurzeit.

Wenn die Deutsche Bank ausreichende Garantien für das Koalitionsrecht der Angestellten nicht gibt, so ist es jetzt wahrscheinlich, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden und ihr aufgehoben werden.

Viele Gewerkschaften stehen mit der Deutschen Bank in Geschäftsverbindungen und haben bei ihr nicht unerhebliche Kapitalien hinterlegt. Die Kündigung dieser Depositen würde auch insofern nicht ohne Belang sein, da nicht allein die Gelder der Zentralverbände, sondern auch die der Volkskassen in verschiedenen Orten zurückgezogen würden, und da ferner sich auch eine größere Anzahl pri-

Spätestens am 6. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag für 1913 (7. bis 13. Dezember) fällig.

Unter Personen, die bei der Deutschen Bank ihre Gelder hinterlegt haben, dem Vorgehen der Gewerkschaften anzuschließen würden.

Umfangreiche Tarifbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Eine von über 5000 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung, die am 16. November im großen Saale der „Neuen Welt“ tagte, beschloß einstimmig die Kündigung des Ende März nächsten Jahres ablaufenden Tarifvertrages. Die Lohn erhöhungen bei Abfall des jetzigen Tarifvertrages vor vier Jahren sind längst durch die zunehmende Teuerung absorbiert. Außerdem macht die technische Entwicklung immer mehr Arbeitskräfte überflüssig und spart die verbleibenden immer mehr an. Das nun genügend Gründe für eine entsprechende Revision der Lohns- und Lohnverhältnisse. Weiter bat es sich gezeigt, daß bei der praktischen Durchführung des alten Tarifs in den Spezialfragen große Mängel vorhanden sind, die beseitigt werden müssten. Nach dem einleitenden Referat und der Vereinigungsende einigte sich die Versammlung auf folgende Leitsätze:

Befreiung der Arbeitszeit bei Tag- und Nachschicht, insbesondere beim Fahrgespann; Einführung des arbeitswürdigen Arbeitstages für jedes Schichten des Boden; Erhöhung der Löhne unter besonderer Berücksichtigung der niedrig bezahlten Kategorien; gleichmäßige Bezahlung aller gelernten Arbeitnehmer im Brauereibetrieb und der an deren Stelle Beschäftigten; Bezahlung jeglicher Sonntagsarbeit, also auch derjenigen des Mordinen- und Tempelhofvertrags, des Fuhr- und Stallpersonals; Wiedergabe des Freibieres nach dem System, daß das mitgeführte Bier in der Kneipe vergütet wird; Erweiterung des Urlaubs; Einbeziehung der Betriebsverträge in Berlin und der Umgegend in das Tarifverhältnis.

Diese Leitsätze sollen einer Kommission als Unterlage des Tarifentwurfs dienen.

In Frage kommen bei der Tarifbewegung die Lager-, Bier- und Brauereibrennereien, ferner die Malzfabriken und die Kornniederlagen in der Umgebung Berlins, insgesamt 77 Betriebe mit rund 7000 beschäftigten Personen.

Der Verbandsstag der Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung. Die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes und am 1. Dezember in Hamburg zu einem außerordentlichen Verbandsstag zusammengetreten, um endgültigen Beschluss über die Einführung der Gewerbeleistung unterstützung zu fassen. Schon seit Oktober vorigen Jahres beschäftigten sich die Mitglieder des Verbandes mit dieser Frage.

Die jetzt dem außerordentlichen Verbandsstag zu unterbreitende Vorlage ist mit wenigen Änderungen dieselbe, wie sie auch dem Berliner Verbandsstag vorgelegen hat. Sie bestimmt, daß wer nach empfängerlicher Mitgliedschaft 44 Beiträge gezahlt hat, kann innerhalb eines Jahres für die Dauer von acht Wochen eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, die je nach dem Beitragsbetrage 45,- bis 1.1 pro Tag beträgt. Die Unterstützung erhöht sich mit der Dauer der Mitgliedschaft. So beträgt z. B. das Mitglied in der höchsten Beitragsklasse bei empfängerlicher Mitgliedschaft 4.1 Unterstützungspro Tag, im zweiten Jahre steigt die Unterstützung auf 1.150,- in weiteren Zeiträumen steigt die Unterstützung allmählich auf 1.2 täglich an, mit welcher Summe die Höchstgrenze bei jährlicher Mitgliedschaft erreicht ist.

Zusätzlich dem Verbandsstag die Einführung der Gewerbeleistung unterstützung beschließt, wird der Verbandsvorstand folgende Ansichtungs- und Überzeugungsbestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung beantragen:

1. Die Unterstützung tritt am 1. Juli 1914 in Kraft.
2. Mitglieder, die bis dahin dem Verbande zwei Jahre angehören und 20 Beiträge gezahlt haben, sind sofort bezugsberechtigt, und zwar in der ersten Altersstufe.
3. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbande zwei Jahre angehören, sind sofort in der zweiten Altersstufe bezugsberechtigt.
4. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbande sechs Jahre angehören, sind sofort in der dritten Altersstufe bezugsberechtigt.

Danach verzichtet die Verbandsleitung auf die ursprünglich vorgeschlagene Karentzeit von einem beziehungsweise zwei Jahren, die zwischen der ersten erhöhten Beitragszahlung und der Unterstützungsberechtigung liegt. Die Karentzeit soll mit sechs Monate betragen, denn die Beitragspflicht beginnt im Januar mit dem Kalenderwoche, am 22. Februar. Die Vorlage ist hier etwas verbessert worden. Doch vielen Mitgliedern geht das nicht weit genug; daß beweisen die Worte, die zu diesem Punkte vorliegen.

Alle Anträge, die über die Vorlage hinausgehen, wird der Verbandsstag von dem Gesichtspunkt aus behandeln müssen, daß die Fonds, die bisher angehäuft werden können, um die Kampfstrafe des Verbandes zu fördern, nicht in Anspruch genommen werden dürfen; die ständige Kampfbereitschaft unter der einen gewerkschaftlichen Organisation wie der Bauarbeiterverband stehen muss, darf dadurch in keiner Weise leiden. Nachdem sich die Verbandsmitglieder in den letzten Monaten in ihrer überwiegenden Mehrzahl für die Erwerbslosenunterstützung ausgesprochen haben, steht zu erwarten, daß der Bauarbeiterverband nunmehr in die gleichen derzeitigen Organisationen eintritt, die ihren Mitgliedern bei einsetzender Arbeitslosigkeit helfend zur Seite stehen.

Allgemeine Rundschau.

Das Fachhandgesetz auf dem Marsch! Die conservative Fraktion des Reichstages hat am 28. November folgendes Antrags gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, daß vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorzulegen sei, durch welchen ein mindestens gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Missbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer stärker ausgetretener Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegentreten, insbesondere aber das Streikpostenrecht verboten wird.“

Der Tanz kann also losgehen! Er wird aber die Arbeiterschaft auf dem Posten rütteln und die Urheber des Antrages werden an ihm wenig Freude erleben!

Für die Arbeitnehmer.

k. r. Das Heilbehandlungsrecht nach der Zulassungserweiterung. Nach der Reichsversicherungsordnung kommt neben der Bewilligung der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenrente in geeigneten Fällen auch die Übernahme des Heilbehandlungsrechts in Betracht. Hieran sind unsere Frauen ebenfalls interessiert, um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Verfasseten oder einer Witwe abzuwenden, falls an die Versicherungssanstalt ein Heilbehandlung einleiten. Um zu erwarten, daß ein Heilbehandlung der Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Hinterbliebenrente wieder einschärfbar macht, so kann es das Versicherungsamt bestimmt die Versicherungsanstalt übertragen, die Versicherungsanstalt bestimmt die Versicherungsanstalt das Heilbehandlungsrecht, so hat sie gesetzlich den Angehörigen des Erbauftaats, dessen Hinterblieben ist ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsergebnis bestimmt hat, während des Heilbehandlungs ein Haushalt zu gewähren. Dasselbe beträgt, wenn der Erbauftaft einer Krankenkasse war, die Hälfte des Tarifvertrags, andernfalls ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes. Die Versicherungsanstalten können das Haushalt über den geleisteten Kindheitsbeitrag hinaus erhöhen. Meistens gewährt dies auch. Die Erhöhung richtet sich nach der Anzahl der unterstützungsfähigen Angehörigen. Von der Versicherung, eine Heilbehandlung zugunsten einer Witwe einzuleiten, haben die Versicherungsanstalten im Jahre 1912 in 55 Fällen Gebrauch gemacht. Nach der Reichsversicherungsordnung haben die Versicherungsanstalten auch das Recht, Empfänger von Badenrenten auf Antrag in einem Badehaus, Kinderheim oder einer ähnlichen Einrichtung unterzubringen. Nach einer kürzlich vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Statistik der Heilbehandlung für das Jahr 1912 soll von der letzten Befragung nur die Versicherungsanstalt der Badenrente in fünf Fällen Gebrauch gemacht haben.

Was um die Übernahme des Heilbehandlungsrechts im Jahre 1912 anberichtet, so kann bei der Zulassung für die in häufige Behandlung 1673, in nicht häufige Behandlung 176 Frauen und 200 Männer kamen 133 Frauen in Behandlung. Andere Frauen haben ebenfalls eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nicht häufige Behandlung 1848, nicht häufige Behandlung 1975 Frauen. Geschlechtsfreie wurden 150 und 1100 kranken Frauen 10 Frauen in Behandlung genommen. Die Zulassung für die Behandlung wurde für 1848 Frauen übernommen und in Heilbehandlungsfällen kamen im Berichtsjahr 1760 Frauen. Im Invaliden- oder Siechenheim, Krankenanstalten usw. wurden 1744 Fälle nicht häufige Behandlung 1848 Frauen. Nicht häufige Behandlung 1975 Frauen. Geschlechtsfreie wurden 150 und 1100 kranken Frauen 10 Frauen in Behandlung genommen. Die Kosten für eine tuberkulose behandelte Frau bei der häufigen Behandlung auf insgesamt 1.325,- oder 1.45,- pro Tag bei der nicht häufigen Behandlung auf 1.145,-. Die Zahl der Verpflegungstage bei der häufigen Behandlung welche für die Frauen auf 79 Tage im Durchschnitt. Die Invalidenfrauen wurden im Durchschnitt jährlich sechs Monate behandelt. Die Kosten stellten sich pro Person auf 1.335,-. Von den anderen Frauen entfielen bei der häufigen Behandlung auf eine Frau 1.180,- Kosten oder 1.418,- pro Tag. Die Zahl der Verpflegungstage stellte sich auf 13,-. Die nicht häufige Behandlung verursachte hier 1.396,- Kosten.

Leider die Erfolge der häufigen Heilbehandlung wegen häufiger nachgewiesener Zugänge oder Heilflopftuberkulose nach Abschluß des Heilbehandlungs im Jahre 1912 liegen bezüglich der Frauen folgende Ergebnisse vor: Heilerfolg wurde bei 1441 oder von 100 behandelten Frauen bei 93 erzielt. Dagegen wurde ein Heilerfolg nicht erzielt bei 1132 oder von 100 in 7 Fällen. Die Statistik erreicht sich auf mehrere Jahre zurück und zeigt über die Dauererfolge ebenfalls nur Brüderliches berichtet. Nach alledem kann man nur Frauen,

sofern sie Schwierigkeit verhindern und für sie Wahlen verhindern, mit der dringenden Rat erachtet werden, das Heilbehandeln, sofern ein Platz dasselbe für notwendig erachtet, jedoch wie möglich zu beantragen. Zur Übernahme einer solchen in einer Ortsgemeinschaft eignen sich nicht allein die Sommermonate, sondern auch die Wintermonate. Der Antrag ist beim örtlichen zuständigen Bezirksamt einzulegen, um zu stellen. Bei allen Anstalten besteht die Verpflichtung, dass die Übernahme der Kosten abgelehnt wird, wenn das Heilbehandeln bereits durchgeführt ist. Dies gilt auch für die monatliche Heilbehandlung, zum Beispiel wenn es sich um Gewährung von Gehaltsabzug handelt. Auch hier treten die Versicherungsanstalten in der Regel mit ein, wenn durch das mangelfaßige Gehalt ein Heilbehandlungsantrag verhindert worden ist, der in absehbarer Zeit in Konkurrenz übergehen droht.

Die Männer sollten also, wenn der Arzt ein Heilbehandeln für notwendig erachtet, den Antrag dazu stellen. Die Versicherungsanstalten bei ihren hohen Vermögensbeständen können noch bei weitem mehr Summen für das Heilbehandeln einsetzen.

Gesellschaftliches.

Unser Gewerbeschäftsführer hat außer den bisher berichteten Vereinen noch amerikanische Kontinente in Silber (Abteilung Kurzstadt), Zittau, Dresdner Gewerbeverein, Dresden, Gewerbeschäftsführer. Das sind nun insgesamt 207 deutsche Vereine, welche in ihren Vereinsschriften zusammen 2626 Baudenker, Bäder und Konditoren beschäftigen.

Die Glassbläsergewerbeverbände in Sachsen. In der jetzigen Jahreszeit erscheinen in den Bäder- und Gewerbeschäftsführungen mehrere Zeitschriften, in denen Oberbaumhaus zum Land angeordnet wird. Feder der Interessen steht hier an als der billigste und beste, jeder will die Größe der Bäder- und Gewerbeschäftsführungen. Zu anderen Seiten wollen diese Herren in ihrer großen Weise von der Arbeiterschaft nichts wissen. In politischer und gewerkschaftlicher Beziehung sind die Herren fast unentbehrlich wertvolle Gegner. Von herausnehmend in Sachsen wurde vor einigen Jahren eine Gewerbeverein gegründet, die sich mit der Gewinnung aus dem Bereich von Oberbaumhaus beschäftigt. Diese Gewerbeverein, die durch den Gewerbeschäftsführer des Glashüttenbereichs gegründet wurde, hat auch beim Kampf der Gewerbevereine gegen die Verleger des Oberbaumhauses viele gute Dienste geleistet. Wir möchten bestehende Bäder- und Gewerbeschäftsführer des Landes Sachsen rufen, bei ihrem Einfluss auf Oberbaumhaus auf die Glassbläsergewerbeverbände des Meißner Oberlandes in Sachsen (Sachsen) zu wenden. Das gute und reelle Bedürfnis ist dort schon ergriffen.

Chronik.

Sachsen-Berliner Bäcker. Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 16. bis 22. Juni in Leipzig. 176 Seiten. Schriftverlag.

Bericht der Bäcker. Die Bäckerberatung in Sachsen. Eine Organisations- und Statistik von Bruno Beutel. Seite 1. Schrift des Gewerbes und seiner Führer bis zur Gründung des Deutschen Bäckerverbandes. 29 Seiten. Schriftverlag.

Bericht der Bergarbeiter. Sächsische Darstellung der Bergarbeiterzahlung von der ersten bis in die zweite Zeit des Ersten Weltkriegs. Seite 1. 70 Seiten. Verlag von 3. & 4. Erbg. Nach., G. m. b. H. Saarbrücken.

Bericht des Fabrikarbeiter. Jahrbuch für das Jahr 1912. Herausgegeben vom Reichstag. 212 Seiten. Schriftverlag.

Bericht des Bergarbeiter. Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 30. Juni bis 4. Juli 1913 in Leipzig. 193 Seiten. Schriftverlag.

Bäckerbücher. Protokoll der 3. Interprovinzialen Ausschusss von Bäckern der Sachsen-Anhaltischen im Berlin vom 29. bis 31. Juni 1913. 197 Seiten. Verlag des Provinzialen Schuhwerks Berlin S. 59. Schriftverlag.

Arbeitskreis Berlin. Jahrestagung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1912. 111 Seiten. Schriftverlag.

Bergarbeiterbericht. Bergarbeiterzählung nach Bergarbeiter. Zweite unterste Reihe. 42 Seiten. Schriftverlag.

Bericht der Gewerbe im Saargebiet. Von Johann Schmitz 100 Seiten. Schriftverlag in Berlin.

Bericht der Gemeinde- und Gewerbevereine. Die Gewerbevereine der Gemeinden Sachsen-Anhalt und des Kreises vom 1. April 1913. Herausgegeben vom Gemeindeamt. 155 Seiten. Schriftverlag.

- Der Bäcker in der Gemeindevereine. Jänner-März 1912 nach dem Bericht vom 1. April 1913. 61 Seiten. Schriftverlag.

- Der Bäcker in den Gemeindevereinen. Jänner-März 1912 nach dem Bericht vom 1. April 1913. 32 Seiten. Schriftverlag.

→ Rupigen. →

Zahlstelle Hamburg-Altona.

Samstag, den 7. September, um 9 Uhr.

Betriebsdelegierten-Sitzung

(Gesetzgebung)

in Gewerbeschäftsführer, Bäckerverein.

Ständige Berichte sollen weiter unten folgen.

Der Sachbuch.

Seitene Gelegenheit!

« Renommierte Brotsfabrik in der Industriestadt Sachsen » ist mit allem Inventar erzielungshaber zu vermieten. alte Kundenschaft, langfristige Verträge mit Ausländern, kein Borg. eingerichtete keine vorhanden, Miete wird auf Wunsch eingerichtet. Umsatz jetzt über 12000 Mark monatlich; sehr erweiterungsfähig. da Miete sehr billig und infolge der günstigeren Umstände mit wenig Kapital erforderlich ist, muss diese Offerte als eine seitene Gelegenheit betrachtet werden. verzeichnete [A 12] Angebote unter L. C. 6084 an Rudolf Möller in Chemnitz erbeten.

Nachruf
Am 25. November starb plötzlich unser langjähriges Mitglied

Karl Sieber

im 59. Lebensjahr. Die Beerdigung gehörte seit einer Reihe von Jahren der Organisation ununterbrochen an und hat sich in dieser Zeit um die Ausbreitung unserer Ideen und Verdienstleistung unserer Freunde unter den Kolleginnen große Verdienste erworben.

Ehre ihrem Lindenken!
[A 4.20] Zahlstelle Wiesberg.

Unser bisherigen Bezirkleiter, dem durch Polizeiminister aus jener Bildungsreihe heraustrittleren Kollegen Emil Prochaska rufen wir mit der Verachtung darüber hinweg ein

herzliches Lebewohl!

auf baldiges Wiedersehen!

Zahlstelle Görlitz.

Zum Schaden unseres lieben Kollegen und Bezirkleiters Emil Prochaska aufgrund seiner Ausweitung auf dem gesuchten Amtswinkel freuen wir ihm ein

herzliches Lebewohl!

und dankt eine Verdienste, die er sich um den Bezirk Görlitz erwartet, hat er sich ein bleibendes Andenken geschafft.
[A 2.20] Die Kaufmannschaft in Wiesberg.

Kaufmannschaft für Sonnenhügel und Augenland

(E. G. m. b. H.)

Wir rufen zum Gewinn im Februar 1912 für unsere Kaufhäuser einen einfachen und energischen

Oberbäcker.

der mit dem Berufe einer Bäckerfirma vollkommen vertritt ist. - Wiedungen und unter Aufsicht der bisherigen Bezirkstags bis zum 15. September d. J. einzurichten.
[A 6] Der Bäcker.

Der Bäckermeister!

Warum sollen Sie Ihr Backhilfsmittel

teurer bezahlen

wenn Sie etwas mindestens vollständig gleichwertiges billiger bekommen können?

Machen Sie keine bindenden Abschlüsse, bevor Sie sich von der Güte des

Wyla-Mahl-S

Wyla-Werke

G.m.b.H.

Weil 15 (Baden)

Edelspülle mit Badgelegenheit
bei Ander in
Neukölln, Lützowstraße 22, 2. Et.

Zur Tiefreinigung eingesetzt

Heute - Garderobe nach Maß
- leicht und
Rudolf Müller, Schneidermeister,
Lützow 1. E., Neukölln 30.

Wilsberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken Ihren Bedarf am besten bei
Klaus-Dietrich, Schneidermeister, Hauptstr. 2, I. Et.
gegenüber dem Verkaufsstand.

Wilsberg Bäcker- und Konditorgehilfen
suchen Ihren Service am besten bei
C. Preuß, Schneidermeister, Wallstr. 19/20.

Berliner Bäcker! - Tanz-Unterricht!
Schlesisches Allee 28. - Bäcker-Verein.

Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Anfahrt möglich. Eintritt billig. Tanzlehrer E. Schulz.

Mitglieder- bzw. öffentliche Veranlassungen

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittage oder Abendstunden.)

Montag, 7. September:

Kreisler: Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschäftszentrum — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr, Deutsches Haus, Siemensstr. — **Braunschweig (Gemeinsame):** 8 Uhr im Fleischhof, Stabenstraße. — **Crefeld:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Breite Straße. — **Dortmund:** 8 Uhr im Gewerbeschäftshaus, Leistungstraße. — **Düsseldorf:** Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Zum Goldenen Löwen. — **Flensburg:** Vorm. 9 Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Schloßstraße. — **Gießen:** 8 Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Zum Steinberg. — **Hannover:** Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Hainstraße 24. — **Hof:** Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschäftszentrum. — **Hilpoltstein:** 8 Uhr im Rathaus, Marktstraße 14. — **Innsbruck:** 5 Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Beiliger Straße. — **Marktredwitz:** 2 Uhr bei Götz, Schreinberg. — **Menzel:** 3 Uhr im Restaurant "Hohenwinkel". — **Neterfeld:** Vorm. 10 Uhr bei Sievers. — **Pegeac:** 4 Uhr bei Brünner, Gerhard-Roß-Straße 56. — **Weklar:** 4 Uhr bei Jordan, Bahnhofstr. 21.

Montag, 8. September:

Herford: 7½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Ritterstraße. — **Hirschberg:** 9 Uhr.

Karmstadt: Zur Gewerbeschäftszentrum, Bismarckstr. 19. — **Gütersloh:** 4 Uhr, Zum weißen Hirsch, Hegendorfstraße. — **Frankfurt a. M. (Rathausbezirk):** Vorm. 10½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Vogelsbergerstr. 8 Uhr im Gewerbeschäftszentrum. — **Külsheim:** 5 Uhr bei Einwander, Gartenstr. 1. — **Hamburg-Altona (Konditor-Packg. e. k. f. l.):** 8½ Uhr bei Koop, Kaiser-Wilhelm-Straße 11. — **Halle a. d. Saale (Vorwerk):** 3½ Uhr, Zum goldenen Löwen, Kleine Kümmelstraße 7. — **Heidelberg:** 3 Uhr, Zum goldenen Löwen, Hauptstr. 41. — **Regensburg:** 2 Uhr, Zur Schillerlinde, Glöckengasse 8-31.

Mittwoch, 10. September:

Augsburg: 4 Uhr im Gewerbeschäftszentrum, F 313. — **Gelsenkirchen:** 4 Uhr, Zum wilden Mann, Moerskirche. — **Homburg-Altona (Seebachende):** 8½ Uhr bei Weißer, St. Pauli, Salzmarkt 15. — **Hamburg u. d. S.:** 8 Uhr, Zur neuen Brücke. — **Stralsund:** 1. Et., Böckelerstr. 1. — **Stuttgart:** 4 Uhr im Volksgarten, Vogelgefängnis, Schafleutestadt 7. — **Trier:** 1. Et., 4 Uhr, Zum Fürsten Bismarck. — **Waldenburg:** 1. Et., 4 Uhr, Zum goldenen Löwen. — **Wolfsburg:** 4 Uhr, Zum goldenen Hahn. — **Wiesbaden:** 4 Uhr bei Hirsch, Schillerstraße. — **Wiesbaden:** 3½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Deutsche Straße. — **Schönbeck:** Zur Bürgerhaus, Breiter Weg. — **Schwerin:** 8 Uhr, Thalia, Graf-Schack-Straße. — **Wiesbaden:** 3 Uhr, Zum goldenen Hahn.

Freitag, 12. September:

Wittenberg: 2½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum. — **Würzburg:** 1½ Uhr, Zum grünen Baum, Salzhaderplatz. — **Cannstatt:** 3 Uhr, im neuen Gewerbeschäftszentrum, Kleiner Endplatz, Oberwürth 13. — **Erlangen:** Zum goldenen Hirsch, Glockenstraße. — **Geisenheim:** 1. Et., Seefahrt 10; 2 Uhr bei Böttner, Löwenstraße 8. — **Gotha:** 4 Uhr im Volkshaus, Zum Mohren. — **Kaiserslautern:** 4 Uhr beim "Schlamsalat", Steinstraße 2. — **Landshut:** 2½ Uhr im Hotel "Natzelhof", Schillerstraße. — **Meißen:** 3½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Deutsche Straße. — **Schönbeck:** Zur Bürgerhaus, Breiter Weg. — **Schwerin:** 8 Uhr, Thalia, Graf-Schack-Straße. — **Wiesbaden:** 3 Uhr, Zum goldenen Hahn.

Samstag, 13. September:

Leipzig (Fabrikstandorte): 8½ Uhr im Fleischhof, Stabenstraße. — **Halle a. d. S. (Fabrikstandorte):** 9 Uhr, Kleine Klausstr. 7.

Sonntag, 14. September:

Georgsdorf: 3 Uhr, Deutsches Haus, Sachsenstraße. — **Bernburg:** Zur Gewerbeschäftszentrum, Schulstr. 17. — **Bremenhaven:** 3 Uhr im Amerikanischen Hof, Bremenstraße 18. — **Essen a. d. R.:** Vorm. 10 Uhr im Fleischhof, Alendorfer Straße 318. — **Hagen (Schwerte):** Vorm. 10 Uhr bei Schloss, Hagen, Hochstr. 56. — **Heidenheim a. d. Brenz:** Vorm. 10 Uhr, Anna. — **Jena:** 2 Uhr im Gewerbeschäftszentrum. — **Wiesbaden:** 1. Et., 4 Uhr, Zur goldenen Weintraube. — **Ödenburg:** 2½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Kärrnstr. 2. — **Wiesbaden:** 3½ Uhr im Gewerbeschäftszentrum, Schillergarten. — **Neusscheid:** Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — **Rostock:** 3 Uhr in der Philharmonie. — **Ennepetal:** 3 Uhr im Dombergs "Anricht". — **Weiden:** 1½ Uhr, Zur Sonne. — **Wittenberg (Walle):** Vorm. 10 Uhr, Zur Einigkeit, Löwstraße 1.

für die Redaktion verantwortlich: Helga Weidner, Hamburg, Postkarte 57. — Verlag von O. Illmann, Hamburg. — Der gebürgte Erfahrungswert und Berücksichtigung führt & So. in Journ.